



20
NOTFALLKOFFER
ENERGIE-
VERSORGUNG
WICHTIGE ENERGIE-
GESETZE ANGEPASST

28
POTENZIAL-
SCHÄTZUNG
BETEILIGUNGSPROZESS
GESTARTET

34
INNOVATIONS-
STANDORT
GAMES-SCHMIEDE
DEUTSCHLAND



IM FOKUS

DIE G7-ROUTE ZUR GRÜNEN INDUSTRIE

MIT DER INDUSTRIAL DECARBONISATION AGENDA SOLLEN
DIE G7 IHREN CO₂-AUSSTOSS WEITER SENKEN

EDITORIAL



**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

Dieser Sommer ist kein unbeschwerter: Krieg in Europa, Inflation, die weiterhin angespannte Lage auf dem Gasmarkt, Rezessionsrisiken – all dies schürt verständlicherweise die Ängste und Sorgen vieler Menschen.

Vor Beginn der Sommerpause haben Bundestag und Bundesrat einer Reihe von Gesetzen zugestimmt, die die Bundesregierung mit Blick auf die aktuelle Lage bei der Energieversorgung eingebracht hat. Dazu gehören die Anpassungen im Energiesicherungsgesetz und im Energiewirtschaftsgesetz, über die wir in dieser Ausgabe berichten. Durch diese Gesetzesänderungen sorgen wir vor und schärfen sowie erweitern die Instrumente, die uns für den Fall einer weiteren Zuspitzung auf dem Gasmarkt zur Verfügung stehen. Mit dem Gesetzbündel für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, das Bundestag und Bundesrat ebenfalls gebilligt haben, stärken wir die Energieversorgungssicherheit langfristig. Denn der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren ist der Schlüssel, um uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energien zu befreien und die notwendigen Klimaziele zu erreichen.

Nicht nur in Deutschland, auch in der EU wurden in den letzten Wochen entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Das EU-Parlament hat über die Taxonomie entschieden, die Investoren künftig Anhaltspunkte dafür geben soll, welche Investitionen „grün“ sind. Enttäuschend ist die Entscheidung des Parlaments, dass auch Investitionen in Atomenergie und Gas das Label „klimafreundlich“ erhalten sollen. Die gute Nachricht ist, dass sich der Rat der EU, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten zusammenkommen, gleichzeitig auf ein starkes Fit for 55-Paket geeinigt hat, das den Weg Europas in die Klimaneutralität ebnet. Rat, EU-Parlament und -Kommission werden nun im Trilog weiterverhandeln.

Klimaschutz ist auch im Kontext der G7 ein zentrales Thema. Insbesondere die Transformation der Industrie entschlossen voranzubringen ist entscheidend, da hier lange Investitionszyklen bestehen. Heutige Investitionen können wesentlich dazu beitragen, unsere Klimaziele im Jahr 2045 zu erreichen. Welche Einigungen wir dabei bereits erzielt haben, darüber berichten wir in dieser Ausgabe.

Zwei weitere Themen dieser Ausgabe sind die hochinnovative Games-Branche und die Evaluierung des Verfahrens zur Konjunkturbereinigung in der Schuldenregel.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante Lektüre und trotz allem einen guten und erholsamen Sommer.



ROBERT HABECK
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

WW

WIRTSCHAFTSPOLITIK 10—39

EDITORIAL 02

KONJUNKTUR-
SCHLAGLICHT 06

WÖRTLICHE REDE 08
Bundesminister Habeck
zum Klimaschutzpaket



3 FRAGEN AN 15
Bernhard Kluttig,
Abteilungsleiter Industrie-
politik im BMWK

AUF EINEN BLICK 18
Emissionen müssen
schneller sinken



TELEGRAMM 19



12 IM FOKUS

DIE G7-ROUTE ZUR GRÜNEN INDUSTRIE
Wie die Industrien der G7 ihren CO₂-Ausstoß
bis fast auf null senken wollen



20

NOTFALLKOFFER FÜR DIE ENERGIEVERSORGUNG

Anpassung wichtiger Energiegesetze beschlossen

BEST OF SOCIAL MEDIA

23

KURZ & KNAPP

- Standortkonferenz zur Zukunft der Industrie 24
- Deutscher Musikinstrumentenpreis 2022 25
- Gut beraten zu Marktchancen in Afrika 26
- Erfolgreiche Innovationsförderung 27

QUO VADIS, POTENZIALSCHÄTZUNG?

Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung gestartet



34



SPIELEND ZUM INNOVATIONSSTANDORT

Deutschland als Schmiede für Computer- und Videospiele

WORTMELDUNG 36

Felix Falk, Geschäftsführer „game – Verband der deutschen Games-Branche“



TERMINE

39

K

KONJUNKTUR

40—59

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM JULI 2022

42

BIP-NOWCAST FÜR DAS 2. UND 3. QUARTAL 2022

50

MONETÄRE ENTWICKLUNG

52

GRAFIKEN & TABELLEN

Den Zahlenteil mit Übersichten und Grafiken finden Sie in der Beilage

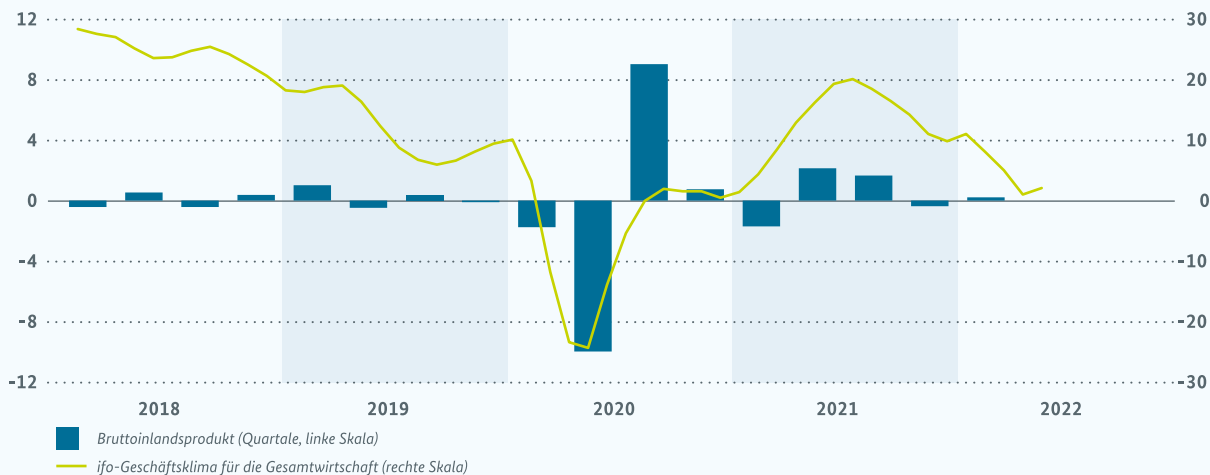
#KONJUNKTURSCHLAGLICHT

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT ZEIGT – TROTZ KRIEG IN DER UKRAINE – BISLANG EINE SOLIDE PERFORMANCE.



GESAMTWIRTSCHAFT

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND ifo-GESCHÄFTSKLIMA*



* zentrierte gleitende Drei-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in % bzw. Salden bei ifo
 Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBk), ifo-Institut

DIE KONJUNKTURINDIKATOREN SPRECHEN DAFÜR, DASS DIE AKTUELLE LAGE IN DEN UNTERNEHMEN GAR NICHT SO SCHLECHT IST. Die Erwartungen für das zweite Halbjahr sind aber im Lichte eines drohenden Gasstopps aus Russland verhalten.



WELTWIRTSCHAFT

WELTINDUSTRIEPRODUKTION (CPB)

Monate, Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), Macrobond

DIE WELTWIRTSCHAFT MUSS DEN EXTERNEN SCHOCK DURCH DEN RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG IN DER UKRAINE VERKRAFTEN.

Der Welthandel konnte zwar wieder etwas an Boden gutmachen, aber die weltweite Industrieproduktion erhielt erneut einen Dämpfer. Die Stimmungsindikatoren sprechen für eine verhaltenere Entwicklung.

LEGENDE

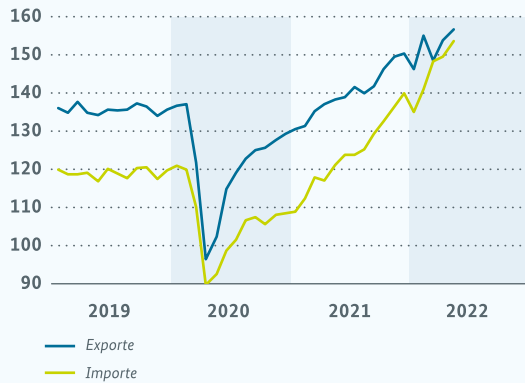
- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

➔ — **AUSSENWIRTSCHAFT**

AUSSENHANDEL (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)

Monate, in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt



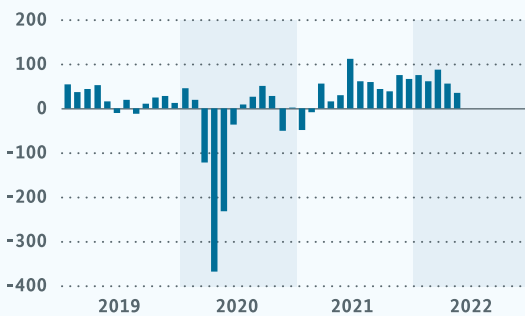
Quelle: Deutsche Bundesbank (BBk)

IM ZUGE DER AUSSERORDENTLICHEN PREIS-DYNAMIK BEI ENERGIEN IST DIE MONATLICHE LEISTUNGSBILANZ STARK GEFALLEN. Während die Exporte im Mai saisonbereinigt um 1,9 % zulegten, erhöhten sich die Importe wegen der teuren Energie kräftig um 4,9%.

➔ — **ARBEITSMARKT**

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

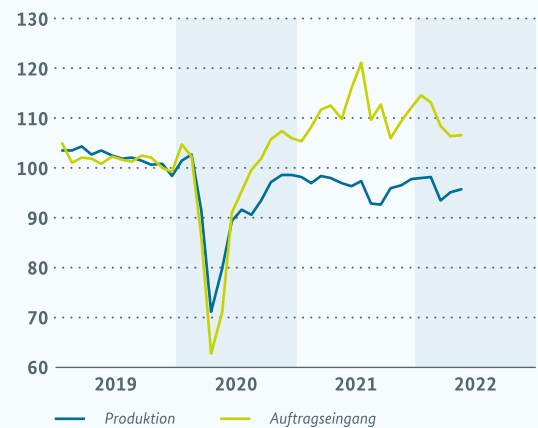
DIE REGISTRIERTE ARBEITSLOSIGKEIT HAT SICH IM JUNI AUFGRUND DER FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE STARK ERHÖHT. Eine gesamtwirtschaftliche Schwäche kann aber nicht konstatiert werden. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Mai erneut spürbar. In den kommenden Monaten dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit weiter ansteigen.

➔ — **PRODUKTION**

DIE INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND ERHOLT SICH EIN STÜCK WEIT VOM DÄMPFER DURCH DEN KRIEG. Produktion und Auftragseingänge stabilisieren sich. Der Ausblick für die nächsten Monate bleibt aber wegen der hohen Unsicherheit aufgrund der Kämpfe in der Ukraine und des drohenden Lieferstopps beim russischen Gas zurückhaltend.

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

➔ — **PRIVATER KONSUM**

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

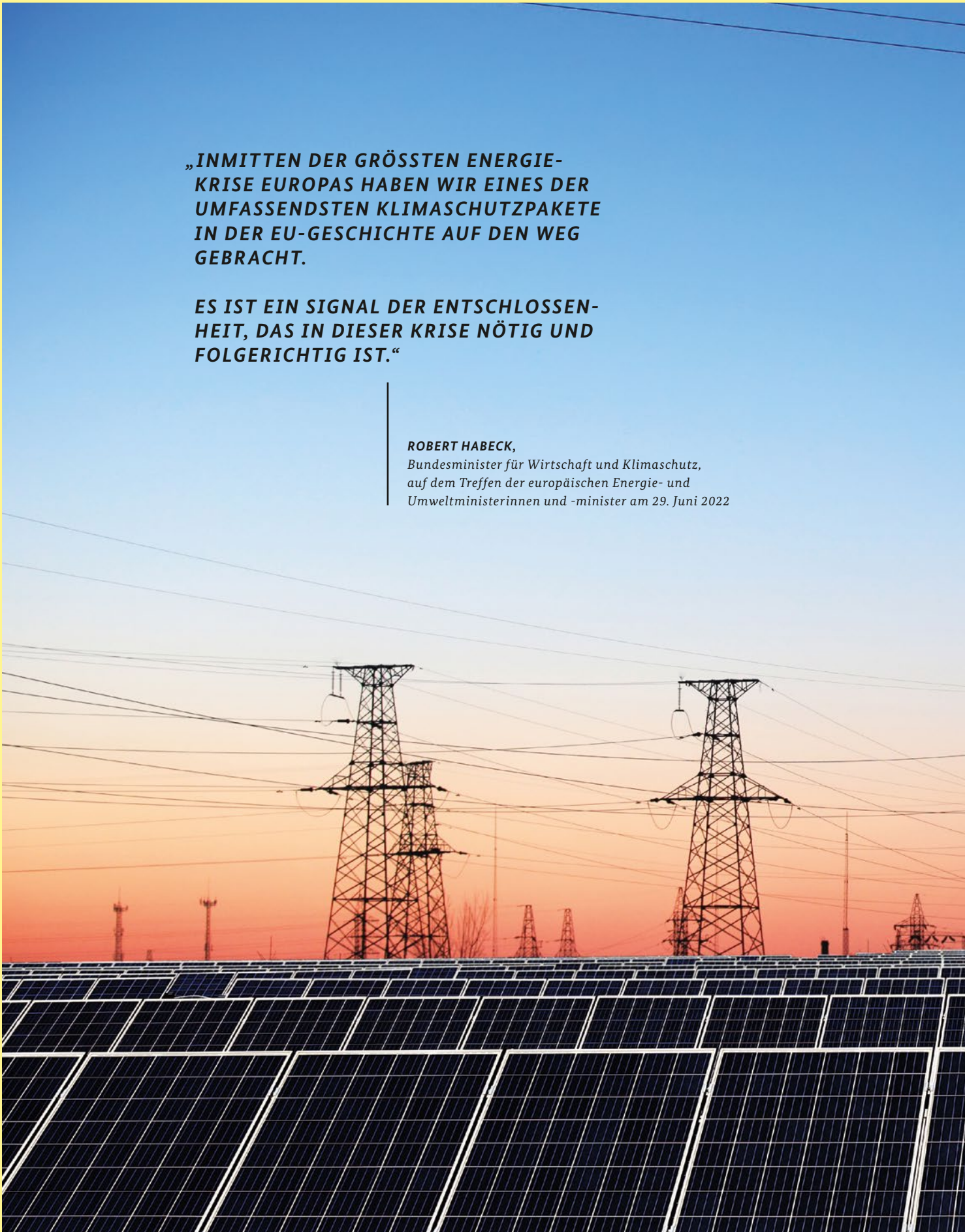
DER UMSATZ IM EINZELHANDEL HAT SICH IM MAI WIEDER ETWAS ERHOLT, nachdem er allerdings im April kräftig zurückgegangen war. Die Stimmung unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern war angesichts des Krieges und der hohen Inflation weiter auf Talfahrt.

WÖRTLICHE REDE

**„INMITTEN DER GRÖSSTEN ENERGIE-
KRISE EUROPAS HABEN WIR EINES DER
UMFASSENDSTEN KLIMASCHUTZPAKETE
IN DER EU-GESCHICHTE AUF DEN WEG
GEBRACHT.**

**ES IST EIN SIGNAL DER ENTSCHLOSSEN-
HEIT, DAS IN DIESER KRISE NÖTIG UND
FOLGERICHTIG IST.“**

ROBERT HABECK,
*Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz,
auf dem Treffen der europäischen Energie- und
Umweltministerinnen und -minister am 29. Juni 2022*





12

DIE G7-ROUTE ZUR
GRÜNEN INDUSTRIE





WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE G7-ROUTE ZUR GRÜNEN INDUSTRIE	12
3 FRAGEN AN: BERNHARD KLUTTIG	15
AUF EINEN BLICK: EMISSIONEN MÜSSEN SCHNELLER SINKEN	18
TELEGRAMM	19
NOTFALLKOFFER FÜR DIE ENERGIEVERSORGUNG	20
BEST OF SOCIAL MEDIA	23
KURZ & KNAPP	24
QUO VADIS, POTENZIALSCHÄTZUNG?	28
SPIELEND ZUM INNOVATIONSSTANDORT	34
WORTMELDUNG: FELIX FALK	36
TERMINE	39



DIE G7-ROUTE ZUR GRÜNEN INDUSTRIE

DIE INDUSTRIEN DER G7 SOLLEN IHREN CO₂-AUSSTOSS BIS FAST AUF NULL SENKEN. ALS ROTER FADEN GILT DIE INDUSTRIAL DECARBONISATION AGENDA.

Der Industriesektor hat in den G7-Verhandlungen einen wichtigen Stellenwert eingenommen: Er ist global für etwa ein Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich (IEA, 2021). Das sind 9 Gigatonnen CO₂, von denen 4,7 Gigatonnen CO₂ nur aus der Stahl- und Zementproduktion (IEA, 2022) stammen. Zum Vergleich: Der Anteil des Flugverkehrs am globalen CO₂-Ausstoß liegt bei rund 3%. Auch in Deutschland machen die Emissionen des Industriesektors rund ein Viertel der CO₂-Emissionen aus. Für die Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris ist es daher unabdingbar, die Industrie zu „dekarbonisieren“. Dies bietet zeitgleich die Chance, neue Technologien und Produkte als Vorreiter auf einen sich wandelnden weltweiten Markt zu bringen.

Global ist die besonders CO₂-intensive Schwerindustrie (wie Stahl, Zement, Grundstoffchemie) stark in Schwellen- und Entwicklungsländern, allen voran China, konzentriert. Die G7-Staaten verbrauchen im Allgemeinen mehr Fertigwaren aus diesen Materialien, als sie selbst produzieren. Dennoch spielt die G7 sowohl im Hinblick auf die Wirt-

G7

2022 hat Deutschland die G7-Präsidentschaft inne. Neben Deutschland gehören den G7 auch Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA an. Zudem nehmen EU-Vertreter an den Sitzungen teil. Aktuelle, weltweit einschneidende Ereignisse wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Kampf gegen den Klimawandel oder die Corona-Pandemie werden im Rahmen der G7 diskutiert. Dies unterstreicht die Bedeutung der G7 als Kooperationsformat und Wertepartnerschaft.

schaftsleistung und den damit verbundenen CO₂-Ausstoß als auch als politisches Format eine wichtige Rolle, um Impulse für die industrielle Transformation zu setzen. Bei den G7-Staaten selbst sind Emissionsminderungsziele politisch verankert und Maßnahmen dafür vorgesehen oder in Planung. So ist die G7 gut positioniert, bei der Entwicklung und Einführung „grüner“ und ressourceneffizienter Produkte und der dafür notwendigen Technologien eine Vorreiterrolle einzunehmen. Als bedeutendes Industrie- und Exportland hat Deutschland außerdem ein besonderes Interesse, den globalen Wandel hin zu CO₂-freien Industrieprodukten mitzugestalten.

HERAUSFORDERUNGEN DER DEKARBONISIERUNG

Die G7 treibt deshalb unter deutscher Präsidentschaft 2022 ihre „Industrial Decarbonisation Agenda“ weiter voran. Die Agenda wurde 2021 vom Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten ins Leben gerufen und setzt das Ziel, gemeinsam die Industrien in der G7 und darüber hinaus nachhaltig zu verändern.

„Dekarbonisieren“ bedeutet, Produktionsverfahren und Grundprodukte so zu verändern, dass wenig oder gar kein Kohlenstoff umgesetzt →

2022

hat Deutschland die G7-Präsidentschaft inne.

IN KÜRZE

Die G7 treibt ihre „Industrial Decarbonisation Agenda“ weiter voran.

beziehungsweise nicht in die Atmosphäre freigesetzt wird. In vielen Sektoren sind dafür grundlegende Umstellungen der Prozesse notwendig. Primärstahl wird beispielsweise bisher sehr kohlenstoffintensiv in Hochöfen mit Eisenerzreduktion unter Einsatz von Kokskohle hergestellt. Dieser Prozess müsste umgestellt werden. Die derzeit vielversprechendste Lösung scheint der Einsatz von Wasserstoff zu sein (Wasserstoffdirektreduktion), der mit erneuerbarer Energie hergestellt werden muss. Stahl kann auch aus Stahlschrott hergestellt werden (Sekundärstahl); dies geschieht mit Hilfe von Strom, der zunehmend ebenfalls aus erneuerbaren Quellen kommen muss. Derartige Umstellungen erfordern, je nach Verfahren, häufig den Umbau ganzer Industriestandorte. Die dafür benötigten Technologien sind für die meisten Branchen weitestgehend bekannt und größtenteils verfügbar, können heute aber oftmals (noch) nicht wettbewerbsfähig eingesetzt werden.

BEDINGUNGEN FÜR DEN UMBAU

Gerade das Jahr der deutschen G7-Präsidentschaft ist ein entscheidendes für den Umbau: Anlagen in der Schwerindustrie haben lange Investitionszyklen von rund 25 Jahren und Lebenszyklen von 30 bis 40

25 JAHRE

betragen die Investitionszyklen von Anlagen in der Schwerindustrie im Durchschnitt.

Jahren. Gerade jetzt sind diese Zyklen an einem Wechsellpunkt, mit starkem Erneuerungsbedarf im globalen Anlagenpark. Die Perspektive für die industrielle Transformation muss also genau jetzt klar umrissen werden, um Anreize für Investitionen in kohlenstoffarme Produktionsanlagen zu bieten.

Da zum Beispiel Stahl weltweit gehandelt wird, müssen Marktmechanismen, die eine Veränderung hin zu anderen Produktionsverfahren begünstigen, global gestaltet werden. Bei rein nationalen oder regionalen regulatorischen Vorgehen droht die Gefahr, dass die neuen Produktionsverfahren auf dem Markt nicht wettbewerbsfähig sind und Industrien in weniger regulierte Regionen abwandern („Carbon Leakage“). Ein Markt für „grünen“ Stahl oder Zement existiert noch nicht. Die Umstellung der Produktionsprozesse kostet zugleich enorme Summen, die nicht einfach auf den Kunden umgelegt werden können, da der Preisunterschied zu konventionellen Produkten zu hoch wäre. Die großen Produktions- und Handelsmen-



KLIMACLUB

Die G7-Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Gipfeltreffen im Juni vereinbart, bis Ende des Jahres einen „Klimaclub“ ► www.t1p.de/klimaclub zu gründen. Er soll die Umsetzung des Übereinkommens von Paris unterstützen, durch eine Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen und ambitioniertere Zielsetzung. Dabei legt er einen Schwerpunkt auf die Industrie, wobei bestehende Risiken im Hinblick auf die Verlagerung von CO₂-Emissionen emissionsintensiver Güter angegangen werden sollen. Der Klimaclub soll auf drei Säulen beruhen: Maßnahmen und Ergebnisse zur Emissionsmessung und Emissionsberichterstattung stärken, gemeinsame Schritte zur Dekarbonisierung der Industrie, Verstärkung internationaler Partnerschaften. Für die zweite Säule sind auch die Fortschritte der „Industrial Decarbonisation Agenda“ von Bedeutung. Der Klimaclub soll als zwischenstaatliches Forum etabliert werden.

IEA-BERICHT

Der Bericht der Internationalen Energieagentur „Achieving Net Zero Heavy Industries in G7 Members“ ► www.t1p.de/iea beinhaltet Empfehlungen, wie für emissionsarme Stahl- und Zementproduktion die Technologieentwicklung beschleunigt und Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf die noch zu hohen Kosten erreicht werden können. Er richtet sich vor allem an Politik und Industrie. Basis der Berechnungen und Empfehlungen im Bericht ist das Szenario der IEA „Net Zero by 2050: A Roadmap for the Global Energy Sector“ von 2021. Der IEA-Bericht nennt folgende Schwellenwerte: für Stahl 50 bis 400 kg CO₂-Äquivalent pro Tonne (kg CO₂e/t) und für Zement 40 bis 125 kg CO₂e/t. Der Bericht empfiehlt, sich international auf feste, absolute und ambitionierte Schwellenwerte für die Produktion zu einigen („adopt stable, absolute and ambitious thresholds“). Die vorgeschlagene Methodik berücksichtigt den Einsatz von Stahlschrott in der Produktion ebenso wie eine fließende Skala für die Anerkennung von noch nicht nahezu emissionsfreier Produktion als emissionsarme Produktion („low emissions production“ im Vergleich zu „near zero emissions production“). Der Bericht enthält auch eine „Toolbox“ mit Maßnahmen, die unter anderem langfristige Transformationsziele, Demonstrationsprojekte, gezielte Finanzierung (Push-Faktoren) und Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference), öffentliche Ausschreibungsregularien oder Quoten (Pull-Faktoren) empfiehlt.

gen erfordern zudem den Verkauf über nationale Grenzen hinaus. Nur durch eine kritische Masse, das heißt eine gewisse Anzahl an Ländern und Produzenten, die beispielsweise mit „Grünstahl“ handeln wollen, und durch förderliche Rahmenbedingungen können neue Märkte für diese Produkte entstehen.

GRUNDLAGEN FÜR GRÜNE MÄRKTE

Nötig dafür ist aber ein gemeinsames Verständnis davon, was mit „grün“ überhaupt gemeint ist. Diese Definition fehlt bisher auch auf internationalem Terrain. Im Kontext der „Industrial Decarbonisation Agenda“ wird von „grün“ als „nahezu emissionsfreie Produktion“ gesprochen, weil nach heutigem Stand unvermeidbare Restemissionen verbleiben werden. Auf dem G7-Treffen der Klima-, Energie- und Umweltministerinnen und -minister im Mai wurden Fortschritte gemacht, sowohl im Hinblick auf Definitionen und Emissionsschwellenwerte für eine nahezu CO₂-freie Stahl- und Zementproduktion als auch im Hinblick auf empfohlene Politikinstrumente für die Unterstützung —>



3 FRAGEN AN

BERNHARD KLUTTIG

ABTEILUNGSLEITER INDUSTRIEPOLITIK IM BMWK

1. WELCHE HERAUSFORDERUNGEN SEHEN SIE BEI DER DEKARBONISIERUNG DER INDUSTRIE?

Die Industrieemissionen in Deutschland auf Netto-Null zu bringen und gleichzeitig eine starke Industrie zu erhalten, ist eine gigantische Aufgabe. Hierzu bedarf es hoher Investitionen, die bestenfalls schnell und international koordiniert so erfolgen, dass neue Technologien in kurzer Zeit den Markthochlauf schaffen und globale Märkte für emissionsarm hergestellte Produkte entstehen. Dies betrifft etwa auch Infrastruktur, Lieferketten, Fachkräfte. Es ist eine Jahrhundertaufgabe, die aber große Chancen beinhaltet: Entlastung für das Klima, Innovationsschübe und international florierender Handel.

2. WIE KANN MAN AMBITIONIERTEN KLIMASCHUTZ UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER INDUSTRIE ZUSAMMENBRINGEN?

Im besten Fall fördern sie sich gegenseitig. Die deutsche Industrie ist global vernetzt und technologisch hoch entwickelt. Sie ist gut aufgestellt, als „first mover“ neue Märkte zu schaffen und Standards zu setzen. Wir sehen gerade im G7-Dialog, wie ambitioniertes Vorgehen gegenseitig anspornt und der Austausch Wege aufzeigt, gemeinsam mehr zu erreichen, als die Staaten alleine wagen würden.

3. WELCHEN STELLENWERT HAT INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT FÜR DIE TRANSFORMATION DER INDUSTRIE?

Neben innovativen Technologien ist Zusammenarbeit unverzichtbar, um diese global anzuwenden. Einer kritischen Masse internationaler Partner muss es gelingen, Märkte und Produkte zu ähnlichen Bedingungen anzustreben und anzuerkennen. Deutschland kann die Industrietransformation nicht im Alleingang schaffen. —

GROSSE SCHWELLEN- LÄNDER SOLLEN DEFINITIONEN FÜR EINE NAHEZU EMISSIONSFREIE STAHL- UND ZEMENT- PRODUKTION FINDEN.

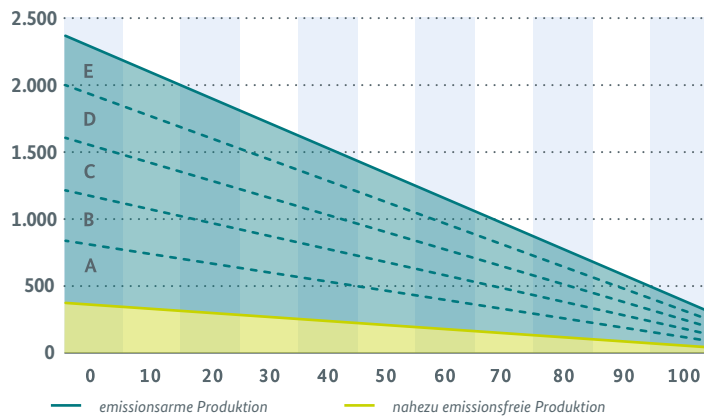
dieser Industrietransformation ► www.t1p.de/annex. Im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft hatte Deutschland einen Bericht bei der Internationalen Energieagentur (IEA) in Auftrag gegeben ► www.t1p.de/iea. Die IEA schlägt darin einen methodischen Ansatz und konkrete Schwellenwerte vor, die gemeinsam mit den G7 und weiteren Ländern, Industrieverbänden, aber auch mit Thinktanks und der Wissenschaft diskutiert wurden. Die Anerkennung des vorgeschlagenen Ansatzes „als robuster Startpunkt“, so das Kommuniqué der G7-Minister ► www.t1p.de/communiqué, ist die erste internationale politische Einigung, die solche Definitionen und Werte würdigt – und damit den Startpunkt für weitere Präzisierungen schafft.

Bisherige Gespräche mit Partnern und internationalen Industrieinitiativen zeigen, dass der Ansatz des IEA-Berichts große Aufmerksamkeit erfährt und als wertvoller Anknüpfungspunkt genutzt wird, auch über die G7 hinaus. Perspektivisch kann damit ein Orientierungspunkt für die Erarbeitung von Label-Kategorien für eine nahezu emissionsfreie Stahl- und Zementproduktion geschaffen werden. Dies würde den Handel mit dekarbonisierten Gütern wesentlich erleichtern.

Die Liste der empfohlenen Politikinstrumente ist grundsätzlich unverbindlich, bietet aber einen fundierten Überblick, welche Optionen – von relativ einfach bis sehr kostenintensiv – Regierungen haben, um die Transformation der Industrie zu fördern. Da die G7-Staaten und weitere wichtige Produktionsländer in sehr unterschiedlichen politischen Systemen und Strukturen agieren, schafft ein gemeinsam anerkanntes Instrumentarium neue Verständigungschancen. Deutschland und die EU nutzen schon eine Vielzahl von Maßnahmen wie CO₂-Bepreisung oder Innovations- und Investitionsförderung. Außerdem sollen Klimaschutzverträge und Ökodesign-Richtlinien auf Grundstoffe ausgeweitet werden.

BANDBREITEN DER EMISSIONSINTENSITÄT DER STAHLPRODUKTION

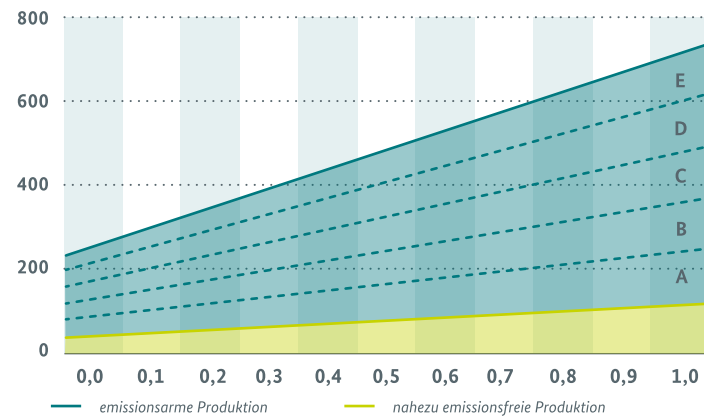
CO₂-Ausstoß in kg pro Tonne Rohstahl je nach Anteil von Stahlschrott in %



Quelle: IEA, 2022

BANDBREITEN DER EMISSIONSINTENSITÄT DER ZEMENTPRODUKTION

CO₂-Ausstoß in kg pro Tonne Zement je nach Klinker-Zement-Verhältnis



Quelle: IEA, 2022

Bandbreiten der Emissionsintensität für eine nahezu emissionsfreie Stahl- und Zementproduktion

Die Grafik zeigt die Emissionsintensität für die Stahl- und Zementproduktion in Abhängigkeit des CO₂-Ausstoßes pro Tonne Rohstahl oder Zement (in kg CO₂/t). Dabei wird der Einsatz von Stahlschrott beziehungsweise das Verhältnis von Klinker und Zement bei der Produktion berücksichtigt. Der grüne Bereich zeigt die Werte für nahezu emissionsfreie Produktion an. Der blaue Bereich zeigt die Emissionsintensitäten für eine emissionsarme Produktion an, die schrittweise Emissionsintensitäten anerkennt. Er bewegt sich zwischen der Emissionsintensitätsschwelle nahe null (grüner Bereich) und einer Obergrenze, die 10 bis 20 % unter der heute vorherrschenden etablierten Technologie liegt. Die möglichen Emissionsintensitäten A bis E können genutzt werden, um Anforderungen an die Menge emissionsarmer Produktion an einen regionalen, zeitlichen oder anderen Kontext anzupassen, beispielsweise bei Ausschreibungen.



DIE G7 SETZT STARKE SIGNALE FÜR MEHR KLIMASCHUTZ.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT ÜBER DIE G7 HINAUS

Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der G7 ► www.t1p.de/G7-communicue vom 26. bis 28. Juni in Elmau hat den hohen Stellenwert eines gemeinsamen industriepolitischen Verständnisses bestätigt. Um ganze Industriezweige zu transformieren, sieht die G7 den Bedarf intensiver Abstimmung, wozu sie bis Ende des Jahres einen „Klimaclub“ gründen will. Mitgliedschaften, Bedingungen und Funktionsweise sind nun zu klären. Sicher ist aber, dass die im Rahmen der „Industrial Decarbonisation Agenda“ erarbeiteten Ergebnisse für Stahl und Zement für die Zusammenarbeit im Industriesektor eine Rolle spielen werden.

Basierend auf den Einigungen der „Industrial Decarbonisation Agenda“ wird die G7 nun versuchen, einige der großen Schwellenländer dafür zu gewinnen, Definitionen für eine nahezu emissionsfreie Stahl- und Zementproduktion festzulegen. Denn die Definitionen können die globale Industrietransformation nur fördern, wenn die wichtigsten Akteure – Produzenten wie Abnehmer – die-

selben Definitionen verwenden. Die Möglichkeiten dafür bestehen anlässlich einiger weiterer großer Konferenzen, die einen Fokus auf die Dekarbonisierung der Industrie legen: etwa das hochrangige „Global Clean Energy Action Forum“ in Pittsburgh, USA, ► www.gceaf.org vom 21. bis 23. September und die internationale Klimakonferenz COP 27 vom 7. bis 18. November 2022 in Scharm asch-Schaich (Ägypten).

Auf die deutsche G7-Präsidentschaft folgt 2023 der japanische Vorsitz. Derzeit findet ein Austausch statt, ob und wie die „Industrial Decarbonisation Agenda“ von Japan weiterentwickelt werden kann, beispielsweise mit Blick auf weitere Industriesektoren oder eine vertiefte Ausarbeitung der Definitionen. Das Format erweist sich damit auf internationalem Parkett bisher als stabil und wertvoll. —

IN KÜRZE

Die G7 hat sich auf ein gemeinsames Verständnis für die Definition einer fast emissionsfreien Produktion von Stahl und Zement geeinigt.

MEHR ZUM THEMA

KONTAKT

CLAUDIA BERNARDING, MICHAEL BÜCHL,
STELA IVANOVA

Referat: Marktrahmen zur Dekarbonisierung der
Industrie, internationale Kooperation

schlaglichter@bmwk.bund.de



AUF EINEN BLICK

EMISSIONEN MÜSSEN SCHNELLER SINKEN

MEHR ERNEUERBARE UND KLIMAFREUNDLICHE PRODUKTIONSVERFAHREN
IN DER INDUSTRIE SOLLEN FÜR TEMPO SORGEN.



Treibhausgas-Emissionen des Industriesektors in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente

energiebedingte THG-Emissionen prozessbedingte THG-Emissionen *vorläufige Schätzung des UBA

Hinweis: Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildung Abweichungen von den offiziellen Gesamtzahlen des UBA ergeben.

Quelle: Umweltbundesamt (UBA)

Seit 1990 hat sich die Treibhausgas-Effizienz der industriellen Wertschöpfung kontinuierlich verbessert. Doch zwischen 2010 und 2019 gingen die Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen), wenn auch bei zeitgleich steigender Bruttowertschöpfung, um weniger als 3% zurück. Um die Klimaziele der Bundesregierung für den Industriesektor zu erreichen, müssen die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 signifikant weiter sinken, um rund 35% gegenüber 2021. Notwendig sind dafür größere Sprünge: durch den Ersatz fossiler mit erneuerbaren Energieträgern und die Umstellung von konventionellen auf innovative, klimaneutrale Produktionsverfahren.

TELEGRAMM



JUBILÄUM

VIER JAHRE GRÜNDERPLATTFORM

VIER JAHRE HAT DIE GRÜNDERPLATTFORM als Anlaufstelle für Gründungswillige sechs Millionen Besucherinnen und Besucher verzeichnet. Jährlich konnten mit ihrer Hilfe 12.000 Gründungen unterstützt und 29.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Plattform bietet Gründungsinteressierten aller Branchen Tipps, Tools und Beratung. Zentrales Element ist dabei die digitale Erstellung von Businessplänen. Mehr über die vom BMWK und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ins Leben gerufene Plattform unter ► <https://gruenderplattform.de>



AUSZEICHNUNG

SCHULEN ALS „ENERGIE-SPARMEISTER 2022“ GEEHRT

IM RAHMEN DES ENERGIESPARMEISTER-WETTBEWERBS HAT DAS BMWK SCHULEN FÜR IHRE KLIMASCHUTZ-PROJEKTE GEEHRT. Der Wettbewerb wird unterstützt durch die vom BMWK geförderte Kampagne „Online-Klimaschutzberatung für Deutschland“ und honoriert besonderes Engagement für den Klimaschutz an Schulen. Neben dem Bundessieger, der Christlichen Münsterschule in Bad Doberan, wurde das beste Projekt aus jedem Bundesland sowie ein Sonderpreisträger für langfristiges Klimaschutz-Engagement geehrt. Mehr unter ► www.energiesparmeister.de

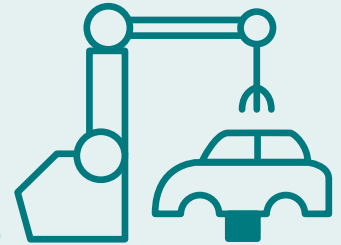
VERANSTALTUNG

INNOVATIONSTAG MITTELSTAND

AM 23. JUNI HABEN SICH MEHR ALS 200 AUSSTELLER AUS ALLEN REGIONEN DEUTSCHLANDS auf dem Innovationstag Mittelstand des BMWK in Berlin den Besuchern aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft präsentiert. Aussteller und Forschungseinrichtungen stellten dort Zukunftslösungen für die digitale und ökologische Transformation vor, die durch die themenoffenen Förderprogramme des BMWK angestoßen wurden. Die Veranstaltung war zugleich Kommunikationsplattform für innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Mehr unter ► www.innovationstag-mittelstand-bmwk.de

MOBILITÄTSWENDE

EXPERTENKREIS NIMMT ARBEIT AUF



DER EXPERTENKREIS „TRANSFORMATION DER AUTOMOBILWIRTSCHAFT“ HAT DIE ARBEIT AUFGENOMMEN. Als Teil der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Strategieplattform befassen sich die 13 von Bundesminister Habeck berufenen Mitglieder mit der Transformation der Automobil- und Mobilitätswirtschaft. Im Fokus stehen Dekarbonisierung, Digitalisierung und die Stärkung der Liefernetzwerke. Den Vorsitz des Kreises führen Prof. Dr. Ina Schaefer und Prof. Dr. Monika Schnitzer.

VERÖFFENTLICHUNG

PAPIER ZUR KLIMA-NEUTRALEN LUFTFAHRT

AM 21. JUNI HAT DIE BUNDESREGIERUNG EIN PAPIER ZUR KLIMANEUTRALITÄT IN DER LUFTFAHRT VERÖFFENTLICHT. Es identifiziert die Handlungsfelder, die für eine schnelle Umsetzung der Klimaneutralität in der Luftfahrt von Bedeutung sind. Diese reichen von Instrumenten auf europäischer und internationaler Ebene zur CO₂-Bepreisung über Maßnahmen zur Technologieförderung im Bereich disruptiver Antriebe bis hin zur Förderung des Markthochlaufes von erneuerbarem Kerosin (PtL: Power to Liquid). Mehr unter ► www.bmwk.de/klimaneutrale-luftfahrt



NOTFALLKOFFER FÜR DIE ENERGIE- VERSORGUNG

ANPASSUNGEN DES ENERGIESICHERUNGSGESETZES UND DES ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZES BESCHLOSSEN

Die Lage am Gasmarkt bleibt weiter angespannt. Vor diesem Hintergrund hat der Gesetzgeber Anpassungen des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) beschlossen. Die Novelle ergänzt die Änderungen im Energiesicherungsgesetz, die mit der Novelle vom 20. Mai 2022 vorgenommen wurden ► www.bmwk.de/eine-frage-der-sicherheit.html. Ziel ist es, für den Fall einer Zuspitzung der Energiekrise vorzusorgen.

Mit der Novelle werden Stabilisierungsmaßnahmen in der Energiewirtschaft erleichtert und Instrumente für eine Lastenverteilung bereitgestellt für den Fall, dass ausbleibende russische Gaslieferungen zu deutlich höheren Ersatzbeschaffungskosten führen. Geregelt wird auch, dass Leistungsverweigerungsrechte der Energieversorger unter den Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesnetzagentur gestellt werden. Mit den Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz werden die Rechtsverordnungen zum Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz angepasst. Dies schafft unter anderem Möglichkeiten dafür, die Gasverstromung zu reduzieren, um Gas für andere Nutzungszwecke zur Verfügung zu stellen. Auch Kohlekraftwerke können dadurch verstärkt genutzt werden.

ERLEICHTERUNG VON STABILISIERUNGSMASSNAHMEN

In § 29 EnSiG werden zeitlich befristet gesellschaftsrechtliche Erleichterungen eingeführt, welche dem Bund die Durchführung von Stabilisierungsmaßnahmen bei Unternehmen der kritischen Infrastruktur im Energiesektor erleichtern. Die Vorschriften sehen beispielsweise Erleichterungen bei der gesellschaftsrechtlichen Beschlussfassung für Kapitalmaßnahmen vor.

Für Unternehmen der kritischen Infrastruktur im Energiesektor, die nach § 17 EnSiG unter Treuhandverwaltung des Bundes stehen, wurden ergänzende Regelungen für Kapitalmaßnahmen etwa zur Verbesserung der bilanziellen Situation eingefügt.

PRÄVENTIVER INSTRUMENTENKASTEN FÜR FAIRE LASTENVERTEILUNG

Bei verminderten Gasimporten ist damit zu rechnen, dass Gas am Markt deutlich teurer wird. Können die Energieunternehmen die hohen Preise nicht bezahlen beziehungsweise ihre Verträge nicht erfüllen, drohen finanzielle Schieflagen bis hin zu Insolvenzen. Dies kann zu ernststen Störungen im gesamten Markt führen. —>

IN KÜRZE

Die Bundesregierung wappnet sich für eine Zuspitzung der Lage auf den Energiemärkten.

DIE ENERGIEVERSORGUNG SOLL WEITER SICHERGESTELLT WERDEN.



Um solche Kaskadeneffekte zu verhindern und Marktmechanismen sowie Lieferketten so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, wurden mit Änderungen in § 24 und § 26 EnSiG die Möglichkeiten der Weitergabe von Preissteigerungen erweitert und präzisiert.

Beide Instrumente – sowohl das Preisanpassungsrecht des § 24 EnSiG als auch das saldierte Preisanpassungsrecht des § 26 EnSiG – sind an enge Voraussetzungen geknüpft. Diese Regelungen sollen aktuell nicht aktiviert werden, aber als Optionen im Instrumentenkasten zur Verfügung stehen, um im Falle weiter steigender Gaspreise und einer Zuspitzung der Lage in den kommenden Monaten handlungsfähig zu sein.

Für die beiden Instrumente gibt es keinen Automatismus. Vielmehr müssen sie aktiv in Kraft gesetzt werden. In der Rangfolge der Instrumente sind Stabilisierungsmaßnahmen nach § 29 EnSiG vorrangig vor den Preisanpassungsinstrumenten nach § 26 und § 24 EnSiG zu prüfen. Die beiden Preisanpassungsinstrumente können nicht gleichzeitig zum Einsatz kommen.

NEUES INSTRUMENT: SALDIERTE PREISANPASSUNG

Mit § 26 EnSiG wurde ein neues Instrument eingeführt, das sogenannte saldierte Preisanpassungsrecht. Dabei handelt es sich um einen Mechanismus, bei dem die Mehrkosten, die entstehen, wenn Energieunternehmen infolge verminderter Gasimporte Gas zu höheren Preisen ersatzweise beschaffen müssen, gleichmäßig auf alle Gaskunden verteilt werden können.

Für den saldierten Preisanpassungsmechanismus des § 26 EnSiG ist eine konkretisierende und damit den Mechanismus in Kraft setzende Rechtsverordnung der Bundesregierung erforderlich. Dabei besteht kein unmittelbarer zeitlicher Zusammenhang zur Ausrufung der Alarm- oder Notfallstufe gemäß Notfallplan Gas.

MÖGLICHKEITEN ZUR PREISANPASSUNG PRÄZISIERT UND KONKRETISIERT

Möglichkeiten, Preise im Ausnahmefall anzupassen, bestehen alternativ dazu auch auf Basis der Preisanpassungsrechte des § 24 EnSiG. Diese Regelung wurde vom Gesetzgeber nun präzisiert und konkretisiert.

So wird verdeutlicht, dass Voraussetzung für Preisanpassungsrechte die Feststellung einer erheblichen Reduzierung der Gesamtgasimportmengen nach Deutschland durch die Bundesnetzagentur ist. Dabei muss die Bundesnetzagentur aktiv feststellen und im Bundesanzeiger veröffentlichen, dass „eine erhebliche Reduzierung der Gesamtgasimportmengen nach Deutschland“ vorliegt. Zwischen der Ausrufung der Alarm- oder Notfallstufe gemäß dem Notfallplan Gas und der Aktivierung der gesetzlichen Preisanpassungsrechte gibt es auch hier keinen Automatismus.

Die Preisanpassungsrechte sind mit klaren Leitplanken versehen: Zum einen muss die Preisanpassung angemessen sein. Es ist klargestellt, dass eine Preisanpassung insbesondere dann nicht mehr angemessen ist, wenn sie die Mehrkosten einer Ersatzbeschaffung überschreitet, die dem jeweils betroffenen Energieversorgungsunternehmen auf-

IN KÜRZE

Mit der Novelle werden die Instrumente im Bereich Energiesicherheit erweitert.

grund der Reduzierung der Gasimportmengen für das an den Kunden zu liefernde Gas entstehen. Zudem können Kunden, die von Preisadjustierungen betroffen sind, sich auch für eine unverzügliche fristlose Kündigung des Liefervertrages entscheiden.

Sobald eine erhebliche Reduzierung der Gesamtgasimportmengen nach Deutschland nicht mehr vorliegt, muss die Bundesnetzagentur diese Feststellung aufheben. Das gesetzliche Preisadjustierungsrecht entfällt dann.

ANPASSUNGEN IM ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ

Das Gesetzespaket enthält außerdem Anpassungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), die ebenfalls die Krisenvorsorge stärken sollen. Mit dem „Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz“ können Steinkohle- und Mineralölkraftwerke, die derzeit in Reserven gebunden sind oder die kurzfristig stillgelegt wurden, länger am Strommarkt eingesetzt werden – sobald die Alarmstufe ausgerufen wurde. Durch diesen Einsatz sollen Anlagen, die mit Erdgas befeuert werden, verdrängt werden. Eine befristete Marktteilnahme ist nach Abruf durch die Bundesregierung auch für Braunkohlekraftwerke möglich, die in einer sogenannten Versorgungsreserve vorgehalten werden. Damit werden dem Strommarkt erhebliche zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig erhält die Bundesregierung die Möglichkeit, die Gasverstromung sehr schnell über eine Rechtsverordnung zu reduzieren. Dabei kann sie für maximal neun Monate die Verstromung von Erdgas verbieten. Die Wärmeversorgung bleibt über Ersatzwärmeanlagen gewährleistet.

Das Gesetz enthält darüber hinaus weitere Regelungen, unter anderem zur Verlängerung der Frist für die Inanspruchnahme des Kohleersatzbonus, zur Erweiterung der Möglichkeit der Bundesregierung, die Bevorratung mit Brennstoffen anzuordnen und zur Flexibilisierung von Gaslieferverträgen. —

MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen:

► www.bmwk.de/anpassung-des-energiesicherungs-gesetzes.html

FAQ:

► www.bmwk.de/novelle-energiesicherungs-gesetz-und-energie-wirtschaftsgesetz.html

schlaglichter@bmwk.bund.de

BEST OF SOCIAL MEDIA

AUF TWITTER



#ALARMSTUFE
Bundesminister Habeck erklärt die Hintergründe zur Ausrufung der zweiten von drei Warnstufen des Notfallplan Gas.

AUF INSTAGRAM



#INSTALIVEPREMIERE
Zeit für Fragen: Insta-Live zum Thema Gas & Versorgungssicherheit

AUF FACEBOOK



#ENERGIEWECHSEL
Gas sparen ist Energie sparen. Das BMWK nennt fünf einfache Einspartipps, mit denen alle zum Energiewechsel beitragen können.

KURZ & KNAPP

STANDORTKONFERENZ ZUR ZUKUNFT DER INDUSTRIE

HERAUSFORDERUNGEN ERFOLGREICH MEISTERN, CHANCEN NUTZEN

Am 1. Juni fand die Standortkonferenz 2022 statt – als hybride Veranstaltung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zusammen mit dem Bündnis „Zukunft der Industrie“. Ziel der Konferenz war es, die Zukunft der deutschen Industrie gemeinsam mit wichtigen Stakeholdern zu erörtern. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften und Politik waren virtuell beteiligt.

Dr. Patrick Graichen, Staatssekretär im BMWK, eröffnete die Standortkonferenz mit einer industriepolitischen Standortbestimmung. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Folgen der coronabedingten Shutdowns in China und die fortwährende Pandemie stellten Deutschland, dessen Industrie sich inmitten einer grünen Transformation befinde, vor weitere große Herausforderungen, sagte Graichen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges seien einschneidend und insbesondere auf dem Energiemarkt zu spüren. Hier habe die Bundesregierung sehr schnell mit einem Entlastungspaket reagiert und Maßnahmen zum Abbau der Abhängigkeit von fossilen Energien aus Russland eingeleitet.



Im Anschluss stellte Dr. Karl Lichtblau, Geschäftsführer von IW Consult, die Ergebnisse der vom BMWK in Auftrag gegebenen Studie „Monitoring zur industriellen Entwicklung im Rahmen der Industriestrategie 2030“ vor. Er betonte, dass die Stärkung des deutschen Industriestandortes angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Vordergrund stehen müsse. Risikodiversifizierung und Resilienz dürften vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in Zukunft eine weitaus größere Rolle spielen.

Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, berichtete anschließend über aktuelle Forschungsergebnisse der Stiftung und unterstrich insbesondere die Ausgewogenheit zwischen Dienstleistungen und der Industrie am

Standort Deutschland. Dies sei ein signifikanter Wettbewerbsvorteil im internationalen Vergleich.

An der anschließenden Paneldiskussion nahmen neben Staatssekretär Dr. Patrick Graichen, Dr. Karl Lichtblau und Dr. Claudia Bogedan außerdem Hildegard Müller, Präsidentin des VDA, sowie Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, teil. Ein friedliches Europa, offene Märkte, der Energieumbau, die soziale, gerechte und nachhaltige Transformation sowie die Sicherung der Zukunft der Industrie wurden von den Panelteilnehmenden als Ziele mit höchster Priorität identifiziert. Die Teilnehmenden des virtuellen Auditoriums nutzten die Gelegenheit, an digitalen Umfragen, zum Beispiel zu den aktuell bedeutendsten Standortfaktoren, teilzunehmen und beteiligten sich im Chat an der Diskussion. —

MEHR ZUM THEMA

Studie: ► www.t1p.de/erausforderungen-industrie

Aufzeichnung der Standortkonferenz:
► www.bmwk.de/standortkonferenz.html

KONTAKT

ELIF AKOVA

Referat: Grundsatzfragen der Industriepolitik; Bündnis „Zukunft der Industrie“

schlaglichter@bmwk.bund.de



DEUTSCHER MUSIK- INSTRUMENTENPREIS 2022

**AUSZEICHNUNG FÜR HERAUSRAGENDE INSTRUMENTE
IN DEN KATEGORIEN CELLO UND FAGOTT VERLIEHEN**

Der exportstarke und mittelständisch geprägte deutsche Musikinstrumentenbau hat eine jahrhundertalte Tradition und ist in seiner Handwerkskunst weltweit einzigartig. Die Qualität der Instrumente wird von Hobbymusikerinnen und -musikern sowie Profis geschätzt.

Die Corona-Pandemie hat auch den Instrumentenbau vor Herausforderungen gestellt. Die Nachfrage in einigen Segmenten ist zeitweilig stark eingebrochen. Den Wettbewerb zum Deutschen Musikinstrumentenpreis auch in den vergangenen Jahren durchzuführen, war deshalb ein wichtiges Signal.

Der seit 1990 vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) gestiftete Deutsche Musikinstrumentenpreis wurde in diesem Jahr zum 32. Mal verliehen. Der Ehrenpreis hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem international anerkannten Qualitäts- und Gütesiegel etabliert. Er unterstreicht die exzellente Qualität der in Deutschland produzierten Instrumente und dokumentiert eindrücklich die Innovationskraft dieser Branche. Das Kuratorium, das sich aus dem BMWK, dem Museum des Staatlichen Instituts für Musikforschung (SIMPK), dem Deutschen Musikrat, dem Bundesverband der Deutschen Musikinstrumenten-Hersteller, dem

Bundesinnungsverband für das Musikinstrumenten-Handwerk und der Bundesvereinigung deutscher Chor & Orchester zusammensetzt, verleiht den Preis jedes Jahr in zwei ausgewählten Instrumentenkategorien, die in Deutschland industriell und manufakturrell gefertigt werden.

Preisträger des diesjährigen Wettbewerbes:

- In der Kategorie Cello gab es gleich zwei Preisträger: Cellobau & Tonhölzer Stöhr e. K. wurde für das Instrument „Thomas Stöhr Meistercello“ ausgezeichnet. Die Jury betonte die vielseitige Variabilität der Klangfarbe, den hohen Spielspaß und die gute Spielbarkeit des Instrumentes. Aaron Aupperle Geigenbau erhielt den Preis für das Cello „Modell nach Stradivaris Christiani“. Im Besonderen lobte die Jury die bequeme Handhabung, die gute Ergonomie und den sehr ästhetischen Gesamteindruck des Instrumentes. Auch der schöne, kräftige und flexible Klang wurde hervorgehoben.
- Gewinner in der Kategorie Fagott wurde Rudolf Walter u. Co. Holzblasinstrumentenbau GmbH mit dem Instrument „Walter Fagott“. Lobend wurden die gute Dynamik und das sehr gute Klangvolumen sowie der schöne Ton mit Strahlkraft und Wärme hervorgehoben.

Im nächsten Jahr wird der Preis in den Kategorien F/B Doppelhorn sowie Mandoline vergeben. —

KONTAKT

DR. ANJA STENGER
Referat: Konsumgüterindustrie

schlaglichter@bmwk.bund.de

KURZ & KNAPP

GUT BERATEN ZU MARKTCHANCEN IN AFRIKA

DAS FÖRDERPROGRAMM „BERATUNGSGUTSCHEINE AFRIKA“ UNTERSTÜTZT KLEINE UND MITTLERE DEUTSCHE UNTERNEHMEN

Für Unternehmen bietet der Kontinent Afrika große Handels- und Investitionschancen: Er beheimatet sechs der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften weltweit und eine junge, wachsende Bevölkerung. Mit einer durchschnittlichen realen Wachstumsrate von 6,9% im Jahr 2021 erholten sich die afrikanischen Volkswirtschaften im Schnitt schnell vom pandemiebedingten Einbruch des Vorjahres. Trotz der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und anhaltender Pandemie prognostiziert die Afrikanische Entwicklungsbank dem Kontinent für 2022 und 2023 ein reales Wirtschaftswachstum von jeweils über 4%.

Mit dem Wirtschaftsnetzwerk Afrika unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz seit August 2019 das wirtschaftliche Engagement deutscher Unternehmen in Afrika. Das Netzwerk bildet die dritte Säule des Entwicklungsinvestitionsfonds der Bundesregierung. Es

bietet Informationen zu Geschäftsbedingungen in afrikanischen Ländern, Beratungs- und Unterstützungsangebote der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sowie zusätzliche Außenwirtschaftsmaßnahmen zum Markteinstieg an.

Die Bundesregierung will Afrika gemäß Koalitionsvertrag und angesichts der notwendigen Diversifizierung unserer Lieferketten im bilateralen und regionalen Handel weiter stärken. Aufbauend auf zahlreichen positiven Rückmeldungen aus seinen Pilot- und Regionalprojekten baut das Wirtschaftsnetzwerk Afrika daher seine Angebote zur Unterstützung beim Einstieg in afrikanische Märkte weiter aus: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland können seit Dezember 2021 über das Förderprogramm „Beratungsgutscheine Afrika“

Zuwendungen für vertiefte Beratung zu ihren Geschäftsvorhaben in Anspruch nehmen. Dadurch werden die Unternehmen umfassend und bedarfsorientiert unterstützt und können etwaige Risiken ihrer Vorhaben im Vorfeld minimieren. Die Beratungsgutscheine gelten für Vorhaben in allen Branchen und in allen afrikanischen Ländern. Sie können unter anderem für Business-Case-Berechnungen, die Vermittlung von Geschäftspartnern und Kontakten vor Ort sowie für Beratung zu rechtlichen Rahmenbedingungen eingesetzt werden.

Ein Beratungsgutschein deckt 75 % der Kosten von bis zu 15 Beratungstagen. Die Beratung erfolgt durch deutsche und ausländische Beratungsunternehmen und -organisationen, die beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gelistet sind. Alle haben umfassende Erfahrung in der Beratung von KMU beim Eintritt in afrikanische Märkte. Die Liste der Beratungsunternehmen und -organisationen wird stetig erweitert. Interessierte Unternehmen wählen ein gelistetes Beratungsunternehmen oder eine Beratungsorganisation aus und schließen nach Bewilligung durch das BAFA einen Beratungsvertrag ab. —



MEHR ZUM THEMA

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: ► www.bafa.de/bga

Wirtschaftsnetzwerk Afrika:
► www.t1p.de/africa-business-guide

KONTAKT

SANDRA MATK

Referat: Strategische Auslandsprojekte;
Wirtschaftsnetzwerk Afrika

schlaglichter@bmwk.bund.de

ERFOLGREICHE INNOVATIONS-FÖRDERUNG

AUCH NICHTTECHNISCHE INNOVATIONEN SOLLEN WEITER GEZIELT GEFÖRDERT WERDEN

Die Innovationsförderung in Deutschland unterstützt technische Entwicklungen, wie neue Maschinen oder Materialien, auf vielfältige Weise. Auch nichttechnische Innovationen, wie kreativwirtschaftliche Konzepte oder digitale Organisationsmodelle, stehen im Fokus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Das Ministerium nahm das Thema frühzeitig in den Blick und erhielt dabei auch Impulse aus Diskussionen zu Feldern wie Sozialer Innovation oder Produktivitätspotenzialen im Dienstleistungssektor. Eine Grundlagenstudie aus dem Jahr 2016 erkannte Marktversagen und staatlichen Handlungsbedarf. Darauf folgten umfassende Prozesse, auf denen das 2019 gestartete Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen (IGP) aufbaute.

Da das IGP neue Innovationsformen adressierte, administratives Neuland betrat und neue Zielgruppen ansprach, war es als befristetes Pilotprogramm angelegt. Es zielte besonders auf digitale und datengetriebene Innovationen, kultur- und kreativwirtschaftliche Innovationen sowie Innovationen für Bildung und Informationszugang mit hoher sozialer Wirkung. Der Pilotansatz war als „lernendes Programm“ konzipiert, welches im laufenden Prozess Optimierungsimpulse aufgriff und begleitend extern evaluiert wurde.

Die begleitende Evaluation ist nun abgeschlossen und zieht ein positives Fazit: Mit deutlich über 1.700 eingereichten Projektideen war die Nachfrage hoch. Rund 300 Projekte wurden per anteiliger Zuschussfinanzierung gefördert und zielen vor allem auf Machbarkeitstests und Marktpilotierungen. Sie haben häufig hohen Digitalbezug und werden vornehmlich von kleinen und jungen Unternehmen aus modernen Dienstleistungsbranchen umgesetzt. Der Ausblick zu den Projektwirkungen ist positiv: Bei den Geförderten werden unter anderem neues Know-how sowie Umsatz- und Arbeitsplatzzuwächse erwartet. Zudem wird mit positiven Effekten über den Kreis der Unterstützten hinaus gerechnet, wie beispielsweise Modernisierungsimpulse für ganze Marktsegmente und eine positive wirtschaftliche und soziale Wirkung auf Dritte. Die Evaluation bewertet auch die neuen Förderverfahren gut, zu denen unter anderem Pitches vor externen Jurys

gehören. Sie sieht das IGP eine wichtige Förderlücke schließen und empfiehlt eine Verstärkung des Programmes.

Angesichts der positiven Befunde arbeitet das BMWK bereits an einem Konzept für eine Folgeförderung. Sie soll auch Aufträge aus dem Koalitionsvertrag aufgreifen, der neben einer Fortführung des IGP auch die verstärkte Unterstützung von digitalen, kreativwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Innovationen vorsieht. —

MEHR ZUM THEMA

Informationen zum Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen: ► www.bmwk.de/igp

KONTAKT

MANUEL WIRSING
Referat: Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM); Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen (IGP)

schlaglichter@bmwk.bund.de





„QUO VADIS, POTENZIALSCHÄTZUNG?“

*DAS BMWK STARTET EINEN WISSENSCHAFTLICH UNTERSTÜTZTEN
BETEILIGUNGSPROZESS ZUR POTENZIALSCHÄTZUNG.*

Im Jahr 2009 hat Deutschland den Vorschlag der Föderalismuskommission II umgesetzt und eine neue Schuldenregel im Grundgesetz verankert. Sie ist seit 2011 für Bund und Länder gültig und begrenzt die Nettokreditaufnahme. Dabei sieht das Grundgesetz vor, dass die Auswirkungen einer Abweichung der konjunkturellen Lage von der sogenannten „Normallage“ auf den Haushalt (symmetrisch) zu berücksichtigen sind. Die Abweichung der konjunkturellen Lage von der Normallage wird mit Hilfe der Konjunkturbereinigung ermittelt. Diese ist damit ein integraler Bestandteil der nationalen Schuldenregel. Auch auf EU-Ebene ist sie im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in den europäischen Fiskalregeln verankert.

WAS IST SINN UND ZWECK DER KONJUNKTURBEREINIGUNG?

Hinter der Berücksichtigung der konjunkturellen Lage in den Schuldenregeln steht die Grundidee, dass in Zeiten einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung der zulässige Verschuldungsspielraum vergrößert

KONJUNKTURELLE ABWEICHUNGEN VON DER NORMALLAGE WERDEN ERMITTELT.

werden soll, während er in wirtschaftlich stärkeren Zeiten zu reduzieren ist. Die Konjunkturbereinigung soll ein freies Wirken der sogenannten automatischen Stabilisatoren (wie steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme im Abschwung) ermöglichen. Insgesamt soll dabei sichergestellt sein, dass sich konjunkturelle Defizite und konjunkturelle Überschüsse (in etwa) ausgleichen und damit die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleistet wird. Dies entspricht der Intention der grundgesetzlichen Schuldenregel.

WAS PASSIERT BEI DER KONJUNKTURBEREINIGUNG?

Um die Auswirkungen einer Abweichung der wirtschaftlichen Lage von der Normallage auf den Staatshaushalt in der Praxis ermitteln zu können, muss zunächst das Ausmaß dieser Abweichung festgestellt werden. Dazu wird die tatsächliche Wirt-

SEIT
2011

ist die neue Schuldenregel im Grundgesetz verankert.

schaftsleistung in zwei Komponenten aufgeteilt: eine, die der konjunkturellen Normallage entspricht, und eine, welche die Abweichung davon erfasst. Da diese beiden Komponenten nicht beobachtbar sind, müssen sie geschätzt werden.

Die konjunkturelle Normallage wird beim Konjunkturbereinigungsverfahren im Rahmen der nationalen (und europäischen) Schuldenregel durch das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial dargestellt. Die Differenz zwischen der tatsächlichen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) und der so operationalisierten Wirtschaftsleistung in der konjunkturellen Normallage (Produktionspotenzial) wird in der Literatur auch als Produktionslücke bezeichnet (englisch: Output Gap). Sie ist ein Maß für die konjunkturell bedingte Abweichung der Volkswirtschaft von ihrer Normallage und kann sowohl negative als auch positive Werte annehmen. Ist die Produktionslücke stark negativ, deutet dies auf eine (deutliche) Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten hin, wie es beispielsweise im Zuge der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 der Fall war. Eine stark positive Produktionslücke ist hingegen tendenziell ein Indikator für eine Überauslastung der Produktionskapazitäten, die typischerweise in konjunkturellen Hochphasen auftritt. —>

IN KÜRZE

Der Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung ist Bestandteil der im Koalitionsvertrag vereinbarten Evaluierung der Konjunkturbereinigung (Schuldenregel).

DAS KONJUNKTURBEREINIGUNGSVERFAHREN

Grundidee des Konjunkturbereinigungsverfahrens im Rahmen der nationalen (und europäischen) Schuldenregel:

Tatsächliche Wirtschaftsleistung (BIP)

- = (strukturelle) Wirtschaftsleistung bei konjunktureller Normallage + konjunkturell bedingte Abweichung von der Normallage
- = Produktionspotenzial + Produktionslücke

Konjunkturkomponente

- = (nominale) Produktionslücke × Budget-Semielastizität

Die Produktionslücke wird multipliziert mit der sogenannten Budget-Semielastizität, um die Konjunkturkomponente zu erhalten, welche schließlich in die Bestimmung der zulässigen Obergrenze für die Nettokreditaufnahme bei der Haushaltsaufstellung einfließt. Die Budget-Semielastizität beschreibt das Ausmaß der Wirkung der automatischen Stabilisatoren, also wie stark die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf eine konjunkturbedingte Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

SO WIRD DAS PRODUKTIONSPOTENZIAL BESTIMMT

Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass das nationale Konjunkturbereinigungsverfahren in Übereinstimmung mit dem im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes angewandten Konjunkturbereinigungsverfahren erfolgt. Für die

DIE GEMEINSAME EU-METHODE (EU-CAM)

Der EU-CAM liegt eine Produktionsfunktion (Typ Cobb-Douglas) mit den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zugrunde (siehe Quelle 1, S. 41). Diese unterstellt, dass man die gesamtwirtschaftliche Aktivität (Y) anhand des Einsatzes von Kapital (K) und Arbeit (L) sowie der Produktivität dieser beiden Faktoren (Totale Faktorproduktivität, TFP) beschreiben kann.

Mathematisch lässt sich diese Funktion folgendermaßen beschreiben:

$$Y = TFP \times L^{0,65} \times K^{0,35}$$

Y = gesamtwirtschaftliche Aktivität, TFP = Totale Faktorproduktivität, L = Arbeitseinsatz (bestehend aus den Komponenten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, gesamtwirtschaftliche Partizipationsrate, Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbspersonen und durchschnittliche Arbeitsstunden je Erwerbstätigen), K = Kapitaleinsatz

Um die konjunkturelle Normallage zu bestimmen, wird – vereinfacht gesagt – anhand datengetriebener, statistischer Verfahren (sogenannte Filterverfahren) die Normallage der einzelnen Bestandteile der Produktionsfunktion (sogenannte Trendkomponenten) ermittelt und zum Produktionspotenzial wieder zusammengesetzt. Rechengrundlage bilden die amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die jeweils aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektionen. Für Berechnungen über das Ende der Projektionen der kurzen Frist hinaus ist auch eine Fortschreibung der Komponenten mit Hilfe von ökonometrischen Verfahren der Zeitreihenanalyse notwendig.

DAS PRODUKTIONSPOTENZIAL WIRD MIT EINEM PRODUKTIONSFUNKTIONSANSATZ GESCHÄTZT.

Bestimmung des Produktionspotenzials kommt demnach die gemeinsame EU-Methode (EU-CAM) zur Anwendung. Die EU-CAM wurde in der EU-Arbeitsgruppe „Output Gap Working Group“ (OGWG) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, in der die Europäische Kommission und alle EU-Mitgliedstaaten vertreten sind, für die europäische Schuldenregel konzipiert. Es handelt sich um eine datenorientierte Methode, die in der OGWG kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt sowie mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und von internationalen Organisationen (zum Beispiel OECD, IWF) diskutiert wird.

DIE DISKUSSION UM DIE METHODE DER KONJUNKTURBEREINIGUNG

Besondere Aufmerksamkeit erhalten in der EU-Arbeitsgruppe auch die in der Fachöffentlichkeit teilweise kritisch diskutierten Eigenschaften der EU-CAM-Schätzmethode, insbesondere bei tiefen Wirtschaftseinbrüchen (wie das Ausmaß der Revisionsanfälligkeit oder mögliche übermäßige Prozyklizität). Einige der Kritikpunkte an der ge-

IN KÜRZE

Für die Bestimmung des Produktionspotenzials wird die gemeinsame EU-Methode (EU-CAM) genutzt.

2019

hat das IfW Kiel im Auftrag des BMWK die Eigenschaften der Potenzialschätzung untersucht.



DIE ERGEBNISSE DER POTENZIALSCHÄTZUNG UNTERLIEGEN REVISIONEN.

meinsamen EU-Methode sowie einige Gedanken zu den Herausforderungen bei der Ermittlung des Produktionspotenzials in Krisenzeiten hatten wir bereits zu Anfang der Corona-Pandemie zusammengefasst (siehe Quelle 2).

Die Qualität der Potenzialschätzungen kann grundsätzlich nur schwer abschließend beurteilt werden, da das Produktionspotenzial auch im Nachhinein, anders als beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt, nicht beobachtbar ist. Ein Gutachten des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel) im Auftrag des BMWK aus dem Jahr 2019 hat die Eigenschaften der Potenzialschätzung gemäß EU-CAM für ausgewählte EU-Mitgliedstaaten anhand von Daten der EU-Kommission systematisch beleuchtet (siehe Quelle 3).

Festzuhalten ist aus dem Kieler Gutachten, dass die nach gemeinsamer EU-Methode geschätzten Entwicklungen des Produktionspotenzials und Produktionslücken zwar zum Teil erheblichen Revisionen unterliegen, aber hierbei im Vergleich mit den entsprechenden Verfahren anderer Institutionen insgesamt eher gut abschneiden. Überlegene Alternativen scheinen sich nicht zwingend anzubieten. Die für Deutschland bestimmten Revisionen des Potenzialpfades fallen in dem Gutachten insgesamt moderat aus. Die geschätzten Produktionslücken im Projektionszeitraum für Deutschland wurden im Durchschnitt nachträglich leicht nach oben, das heißt in Richtung stärkerer Auslastung der Produktionskapazitäten, revidiert. Hauptursache waren hierbei Prognoseanpassungen der Projektionen der wirtschaftlichen Entwicklung in der kurzen Frist.

Eine übermäßige Prozyklizität der Potenzialschätzung könnte sich darin manifestieren, dass Revisionen im Nachhinein zeigen, dass die →

IN KÜRZE

Die Revisionen der nach der EU-Methode geschätzten Entwicklungen des Potenzialpfades fallen für Deutschland insgesamt moderat aus.

Schätzungen der Entwicklung des Produktionspotenzials zu stark auf die prognostizierte tatsächliche Wirtschaftsentwicklung reagiert haben. Eine höhere „Trägheit“ bei der Schätzung des Produktionspotenzials könnte hier möglicherweise Abhilfe schaffen.

In jüngerer Vergangenheit wurden von verschiedenen Seiten Überlegungen zu grundlegenden konzeptionellen Weiterentwicklungen der Potenzialschätzung angestellt. Diese zielen beispielsweise darauf ab, die Klimatransformation im Rahmen des Produktionsfunktionsansatzes der gemeinsamen EU-Methode explizit zu modellieren (siehe Quelle 4).

EIN MEHRSTUFIGER BETEILIGUNGS- PROZESS MIT WISSENSCHAFTLICHER UNTERSTÜTZUNG

Im Koalitionsvertrag zur 20. Legislaturperiode wurde vereinbart, dass die Konjunkturbereinigung in der nationalen Schuldenregel, unter anderem basierend auf den Erkenntnissen aus systemischen Krisen, evaluiert und nach den sich daraus ergebenden Bedarfen entsprechend angepasst wird, ohne die grundgesetzlichen Vorgaben der Schuldenregel zu ändern. Die Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials (und der Produktionslücke) ist ein wesentlicher Bestandteil der Konjunkturbereinigung. Weitere Bausteine sind zum Beispiel die Ermittlung der Budget-Semielastizität und die Handhabung im Haushaltsvollzug.

Das BMWK führt die Evaluierung der Bestimmung des Produktionspotenzials durch. Als ein wichtiger Bestandteil der Evaluierung hat das BMWK mit wissenschaftlicher Unterstützung des IfW Kiel einen Beteiligungsprozess von interessierten Kreisen aus Politik und Wissenschaft aufgesetzt. Der Beteiligungsprozess soll sicherstellen, dass vielfältige, wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials berücksichtigt werden können und dass möglichst breite und tiefgehende relevante Erkenntnisse aus der Wissenschaft in die Evaluierung einfließen können.

PLANBARKEIT UND STETIGKEIT DER FISKAL- POLITIK HABEN EINE HOHE BEDEUTUNG.

AM

5.7. 2022

startete der Beteiligungsprozess mit einer digitalen Auftaktkonferenz.

Der Beteiligungsprozess ist mit der digitalen Auftaktkonferenz „Quo vadis, Potenzialschätzung?“ am 5. Juli 2022 offiziell gestartet. Mit einem hochkarätig besetzten Online-Panel und etwa 70 Teilnehmenden wurde der Rahmen beleuchtet, in dem sich potenzielle Anpassungen bei der Bestimmung des Produktionspotenzials und auch jenseits der Potenzialschätzung bewegen könnten.

EINIGKEIT UND AUCH DISSENS BEI DER AUFTAKTKONFERENZ

Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, dass Planbarkeit und Stetigkeit der Fiskalpolitik eine hohe Bedeutung zukommen. Deshalb sei es sehr wichtig, das Ausmaß der Revisionsanfälligkeit zu reduzieren. Zur Erreichung dieses Ziels wurde in der Diskussion eine trägere Schätzung des Produktionspotenzials vorgeschlagen; ein Vorschlag der Deutschen Bundesbank zur Einführung eines Korrekturterms jenseits der Potenzialschätzung könnte ebenfalls in diese Richtung wirken (siehe Quelle 5). Von mehreren Seiten wurde betont, dass Reformvorschläge der Symmetrieanforderung des Grundgesetzes entsprechen müssten und eine hohe Transparenz bei der Methode wichtig sei.

Vereinzelt wurde kritisiert, dass die Berechnung des Produktionspotenzials gesetzlich noch nicht ausreichend bestimmt geregelt sei. Der Umgang mit den demografischen Entwicklungen und Migrationsbewegungen im Rahmen der Potenzialschätzung verdient einigen Teilnehmenden zufolge noch größere Aufmerksamkeit. Ausgiebig und teils kontrovers wurde die mögliche (stärkere) Berücksichtigung von Strukturreformen besprochen. Dabei standen solche Strukturreformen im Mittelpunkt, die plausiblerweise potenzialwirksam sind und Wirkung über den Zeitraum der kurzen Frist hinaus entfalten könnten. Diese gehen bereits nach jetzigem Verfahren in die Projektionen der kurzen Frist ein und fließen dadurch auch indirekt in die

IN KÜRZE

Mit dem Beteiligungsprozess sollen vielfältige, wissenschaftlich fundierte Vorschläge und Erkenntnisse in die Evaluierung einfließen.

VORSCHLÄGE WERDEN AUF EINEM WISSENSCHAFTLICHEN WORKSHOP IM AUGUST DISKUTIERT.

ZUM NACHLESEN

- 1) „The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps“ (Economic Papers Nr. 535, 2014, englischsprachig):
▶ www.t1p.de/production-function
- 2) „Mut zur Lücke? Bestimmung der wirtschaftlichen Kapazitätsauslastung als Grundlage der Haushaltspolitik – eine technische Herausforderung vor allem in Krisenzeiten“ (Schlaglichter 07-2020, 2020):
▶ www.bmwk.de/mut-zur-luecke.html
- 3) „Potenzialschätzung und Produktionslücken – Analyse von Revisionen und Zyklizität“ (Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik Nr. 19, 2019):
▶ www.t1p.de/schaetzung-von-potenzial
- 4) „Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress. Kapitel 5 – Effekte der Dekarbonisierung auf das Produktionspotenzial“ (144. Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2022):
▶ www.t1p.de/pandemie-energiekrise
- 5) „Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung“ (Bundesbank Monatsbericht April 2022, 2022):
▶ www.t1p.de/weiterentwicklung-schuldenbremse
- 6) BMWK-Internetauftritt zum Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung, inkl. Call for Proposals:
▶ www.bmwk.de/produktionspotenzial

Bestimmung des Produktionspotenzials ein. An konkreten Beispielen, wie den Hartz-Reformen oder auch dem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wurden unter anderem die grundsätzliche Notwendigkeit einer (stärkeren) Berücksichtigung von Strukturreformen und ihrer konkreten Auswahl sowie die Herausforderungen bei der praktischen Umsetzung und der (ex ante) Quantifizierung der damit verbundenen möglichen Effekte ausgiebig beleuchtet.

Im Rahmen der Auftaktkonferenz konnte zur möglichen (stärkeren) Berücksichtigung von Strukturreformen, wie auch zu weiteren Aspekten der Bestimmung des Produktionspotenzials, noch kein abschließender Konsens erzielt werden.

Als nächster Schritt des Beteiligungsprozesses wird in der zweiten Augushälfte ein technischer Workshop stattfinden, bei dem konkrete Vorschläge zur Potenzialschätzung beziehungsweise für Anpassungen der derzeitigen Methode präsentiert und diskutiert werden sollen. Nähere Informationen, auch zur Einreichungsfrist, finden sich in dem entsprechenden Call for Proposals, der auf der BMWK-Internetseite zum Beteiligungsprozess veröffentlicht ist (siehe Quelle 6).

WIE GEHT ES MIT DER POTENZIALSCHÄTZUNG AUF NATIONALER EBENE WEITER?

In einem weiteren Schritt sollen im kommenden Herbst in einem wissenschaftlichen Gutachten ökonomisch fundierte Vorschläge zur Potenzialschätzung auf der Basis einer einheitlichen Datengrundlage und objektiver Kriterien analysiert werden. Teilnehmende des technischen Workshops und andere Expertinnen und Experten haben die Möglichkeit, im Nachgang des Workshops operationalisierte und möglichst quantifizierte Vorschläge zur Potenzialschätzung zur Begutachtung einzureichen. Erste Informationen dazu sind ebenfalls im Call for Proposals enthalten. Nähere Details werden beim Workshop bekannt gegeben und anschließend auch auf der BMWK-Internetseite veröffentlicht.

Die Ergebnisse des Gutachtens werden noch für dieses Jahr erwartet und bilden einen zentralen Baustein der Evaluierung, sodass am Ende des Evaluierungsprozesses eine Antwort gegeben werden kann auf die Frage: „Quo vadis, Potenzialschätzung?“

IN KÜRZE

Das BMWK lädt in einem Call for Proposals dazu ein, konkrete Vorschläge zur Potenzialschätzung einzureichen.

KONTAKT

DR. ALFRED GARLOFF, DR. THOMAS KNAUS &
DR. MARTIN WEISSENBERGER
Referat: Wachstum, Demografie, Statistik

schlaglichter@bmwk.bund.de



SPIELEND ZUM INNOVATIONSSTANDORT

DEUTSCHLAND SOLL ZU EINEM WICHTIGEN ENTWICKLUNGSSTANDORT FÜR COMPUTER- UND VIDEOSPIELE WERDEN. DAS BMWK HILFT MIT VERSCHIEDENEN MASSNAHMEN.

Mehr als jede und jeder zweite Deutsche greift zu Smartphone, PC oder Konsole, um sich mit Computer- und Videospielen („Games“) zu entspannen, mit Freundinnen und Freunden online zu spielen oder sogar in Ligen gegeneinander anzutreten. Inzwischen ist die Games-Branche die umsatzstärkste Kreativbranche, deutlich vor der Film- und der Musikindustrie. Die Corona-Pandemie sorgte für einen zusätzlichen Wachstumsschub, da Games ohne Ansteckungsrisiko von zu Hause gespielt werden können und sie außerdem die Möglichkeit bieten, mit der Familie oder Freundinnen und Freunden auf der gesamten Welt in Online-Welten den Kontakt zu halten. Nach dem Rekordjahr 2020 und einem Marktwachstum von 32% in Deutschland wuchs der Markt im Jahr 2021 um weitere 17% auf rund 9,8 Milliarden Euro.

58%

der Deutschen zwischen sechs und 69 Jahren spielen Computer- und Videospiele (2021).

GAMES-REFERAT IM BMWK EINGERICHTET

Die Branche hat sich also als relevanter Wirtschaftsfaktor etabliert. Daneben bieten Games-Technologien auch Chancen für andere Wirtschaftszweige. Games bringen seit Jahrzehnten marktübliche Hardware durch ihre anspruchsvollen 3-D-Welten an ihre Grenzen und verschieben so die Grenze des Machbaren. Games-Entwicklerinnen und -Entwickler sind dementsprechend hoch qualifizierte Arbeitskräfte, deren Expertise für 3-D-Engines, Virtual Reality oder digitale Benutzeroberflächen auch in der Automobilwirtschaft oder in anderen Digitalbranchen stark nachgefragt wird. So sind beispielsweise Virtual und Augmented Reality inzwischen fester Bestandteil in der Wartung von Zügen. Die Automobilbranche nutzt Games-Engines, um Fahrerassistenzsysteme zu trainieren.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Schnittmengen zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen und Themenkomplexen, die im BMWK federführend betreut werden und die für den Wirtschaftsstandort Deutschland besonders wichtig sind, ist →

IN KÜRZE

Der Games-Bereich gilt als umsatzstärkste deutsche Kreativbranche, soll international aber wettbewerbsfähiger werden.

WORTMELDUNG

„DER INTERNATIONALE WETTBEWERB WÄCHST“

DEUTSCHLAND MUSS NACHLEGEN, WENN ES VON DER GAMES-BRANCHE PROFITIEREN WILL

In der deutschen Games-Politik ist zuletzt viel passiert: Der Start der Games-Förderung, die Entwicklung einer Games-Strategie und das eigenständige Games-Referat waren wichtige Meilensteine, die Deutschland als Games-Standort von der Zuschauertribüne auf das Spielfeld geholt haben. Denn „Games made in Germany“ spielten bisher nur eine untergeordnete Rolle. Doch das Ziel, international auf Augenhöhe zu agieren, ist noch nicht erreicht.

Rund zweieinhalb Jahre nach Start der Games-Förderung sehen wir bereits erste positive Effekte: Die Anzahl der Games-Unternehmen im Lande steigt deutlich – im vergangenen Jahr um 20 % – und auch die Zahl der Beschäftigten konnte zulegen. Wie umfassend die Förderung wirkt, werden wir jedoch erst in Zukunft sehen. Schließlich dauert die Entwicklung größerer Titel mehrere Jahre. So lange dürfen wir mit den nächsten Schritten jedoch nicht warten. Denn: Der internationale Wettbewerb der Games-Standorte wächst. Deutschland muss nachlegen, wenn es von dieser Schlüsselbranche profitieren will. Hierzu gehören eine weitere Optimierung des Förderprogrammes, damit es international vergleichbarer wird, und sein weiterer Ausbau. Auch sollte beispielsweise das in der Games-Strategie genannte Standortmarketing möglichst zeitnah starten. In der internationalen Games-Welt müssen wir noch viel sichtbarer werden und intensiver um die Ansiedlung von Games-Studios sowie um Fachkräfte und Investitionen werben. Denn andere Standorte liegen nicht nur vorn, sie verbessern ihre Rahmenbedingungen auch immer weiter. Hier dürfen wir nun nicht zurückfallen.

Nur wenn Deutschland die Rahmenbedingungen weiter verbessert, werden wir das riesige Potenzial von Games als Kulturgut, Wirtschaftstreiber und Innovationsträger auch hier nutzen können. Darum müssen wir jetzt bei der Games-Politik am Ball bleiben. —



FELIX FALK

Geschäftsführer: „game – Verband der deutschen Games-Branche“

4,2%

beträgt der Anteil deutscher Games-Produktionen am Umsatz für Computer- und Videospiele in Deutschland (2020).

im März 2022 im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ein eigenständiges Games-Referat eingerichtet worden. Die Zuständigkeit für die Branche wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) auf das BMWK übertragen. Zentrale Aufgabe des neuen Referates ist es, innovative Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig zu fördern und Schnittmengen zu anderen Wirtschaftsbereichen besser zu nutzen.

GAMES – EINE INNOVATIONSBRANCHE MIT GROSSEM WACHSTUMSPOTENZIAL

Vor allem geht es darum, den deutschen Standort international wettbewerbsfähiger zu machen. Denn von der dynamischen Marktentwicklung konnten die deutschen Entwicklerstudios nur sehr bedingt profitieren. Nur gut 4% der in Deutschland mit digitalen Spielen erwirtschafteten Umsätze gingen auch tatsächlich an deutsche Unternehmen – dieser Anteil war lange Zeit sogar rückläufig und stagniert seit einigen Jahren. Ziel ist es, den Anteil deutscher Games-Produktionen signifikant zu steigern. Auch bleibt die Zahl der in der Branche beschäftigten Personen bislang hinter dem Potenzial zurück. Hauptgrund sind die im internationalen Vergleich

ECKPUNKTE DER BUNDESFÖRDERUNG

- projektbezogene Anteilsfinanzierung
- nicht rückzahlbarer Zuschuss
- Förderung bis maximal 50% des Projektvolumens
- Erstellung eines Prototyps oder eines marktreifen Spiels (Produktion)
- Kombination mit Fördermitteln der Bundesländer ist möglich



hohen Kosten für die Produktion von Computerspielen in Deutschland, wesentlich bedingt durch eine bereits seit Jahren etablierte Förderlandschaft in anderen Ländern.

FÖRDERUNG DER COMPUTERSPIELEBRANCHE DURCH DIE BUNDESREGIERUNG

Um die Rahmenbedingungen für Entwicklungen aus Deutschland zu verbessern, gibt es seit 2019 die Computerspieleförderung des Bundes mit einem Gesamtvolumen von bis zu 50 Millionen Euro jährlich. Die Förderung soll insbesondere dazu beitragen, die Anzahl der Beschäftigten der Branche zu erhöhen sowie die Zahl der Spieleveröffentlichungen und Unternehmen in Deutschland zu steigern und deren Positionierung sowohl auf dem deutschen Markt als auch auf den internationalen Märkten zu stärken.

Bislang konnten über 400 Projekte unterstützt werden. Die geförderten Projekte sind sehr vielfältig und umfassen sämtliche Genres, wie beispielsweise Abenteuer-, Simulations-, Strategie- oder auch Lernspiele. Auch werden sie für vielfältige Plattformen entwickelt; also für PC, Konsole, Smartphone oder Virtual Reality. Der Förderumfang ist sehr variabel und reicht (nach derzeitigem Stand) von 20.000 Euro für kleine Prototypen mit einer Entwicklungsdauer von wenigen Monaten bis zu 2,6 Millionen Euro für marktreife große Spielproduktionen mit einer Entwicklungsdauer von mehreren Jahren.

DEUTSCHER COMPUTERSPIELPREIS (DCP)

Mit dem Deutschen Computerspielpreis (DCP) zeichnet die Bundesregierung gemeinsam mit dem „game – Verband der deutschen Games-Branche“ die besten Computerspiele „Made in Germany“ aus. Der DCP ist der wichtigste Preis für die deutsche Games-Branche und wird seit 2009 verliehen. Hochrangig besetzte Fach- und Hauptjurs wählen nach Aspekten wie Qualität, Innovationsgehalt, Spielspaß sowie kulturellem und pädagogischem Anspruch die besten Spiele aus. Am 31. März 2021 wurde der DCP erstmals in Zuständigkeit des BMWK verliehen.

Ab Herbst 2022 ist eine umfassende Evaluation des Förderprogrammes geplant, um die Wirkung der bisherigen Förderung zu bewerten und Ideen für eine Anpassung der Förderrichtlinie ab 2024 zu gewinnen.

STRATEGIE FÜR DEN GAMES-STANDORT DEUTSCHLAND

Die Computerspieleförderung des Bundes ist zudem zentraler Teil der „Strategie für den Games-Standort Deutschland“, die noch in der vergangenen Legislaturperiode entwickelt wurde. Das übergeordnete Ziel der Strategie ist es, die Weiterentwicklung des Games-Standortes Deutschland voranzutreiben und Deutschland als Leitmarkt im internationalen Wettbewerb zu etablieren.

Hierzu gehört beispielsweise ein koordiniertes Standortmarketing mit verschiedenen Maßnahmen, um internationale Investoren und →

9,8 MILLIARDEN EURO

betrug 2021 der Umsatz mit Computer- und Videospiele, Gebühren für Online-Dienste sowie Games-Hardware in Deutschland.

DIE DEUTSCHE GAMES-BRANCHE WILL AN DIE WELTSPITZE.

E-SPORT

E-Sport ist ein Teilbereich der Games-Branche. Hier wird der Fokus auf den Wettkampf zwischen den Spielerinnen und Spielern gelegt. Es werden besondere motorische und geistige Fähigkeiten sowie Teamwork benötigt, um in Ligen und Turnieren erfolgreich zu sein. Professionelle Spielerinnen und Spieler zeigen in ausverkauften Hallen ihr Können, wobei sie teilweise um Preisgelder in Millionenhöhe spielen. Turniere wie die „League of Legends World Championship“ mit mehr als 70 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern haben mehr Reichweite als die meisten klassischen Sportarten. Die Professionalisierung des E-Sports macht auch vor den Amateuren nicht Halt: Viele Spielerinnen und Spieler in Deutschland organisieren sich inzwischen in Vereinen, um gemeinsam zu trainieren. Geordnete Strukturen in den Vereinen mit einem ganzheitlichen Training sollen nicht nur die Spielleistung verbessern, sondern auch Risiken wie zu viel Bildschirmzeit adressieren. Die Parteien der Bundesregierung haben sich daher im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Vereins-E-Sport gemeinnützig zu machen.

Fachkräfte anzuwerben. Ein weiteres Handlungsfeld besteht darin, die Marktentwicklung für Computerspielproduktionen durch eine geeignete Infrastruktur und Netzwerkbildung zu unterstützen, beispielsweise indem Hubs wie Co-Working-Spaces und Inkubatoren geschaffen und Games-induzierte Innovationen durch einen konsequenteren Wissenstransfer zwischen Forschungseinrichtungen und der Games-Branche gestärkt werden.

Schließlich ist es Ziel der Strategie, Potenziale von Games stärker für die Gesellschaft zu nutzen. Dazu gehört beispielsweise, sogenannte Serious Games (also Computerspiele, die nicht primär oder ausschließlich der Unterhaltung dienen) als wirksames Hilfsmittel in allen Bildungsbereichen zu nutzen oder die ehrenamtliche Arbeit der E-Sport-Vereine (siehe oben) als gemeinnützig anzuerken-

IN KÜRZE

Die Potenziale von Games sollen stärker für die Gesellschaft genutzt werden.



nen. Der Deutsche Computerspielpreis (DCP) ergänzt die Computerspieleförderung des Bundes und ist ein Element, um den Erfolg von „Made in Germany“ öffentlich zu machen (siehe Seite 37).

Die digitale Spielkultur steht wie kaum ein anderer Bereich für technologischen und gesellschaftlichen Wandel. Der hier vorhandene Mix an Kreativität, Innovation und moderner Technologie birgt großes Potenzial für die Digitalisierung in Deutschland. In der Summe sollen die Maßnahmen dazu beitragen, die deutsche Games-Branche bestmöglich beim Sprung an die Weltspitze zu unterstützen und die Potenziale des Mediums gesamtgesellschaftlich nutzbar zu machen. —

KONTAKT

SEBASTIAN STEINBACH
Referat: Games

schlaglichter@bmwk.bund.de

TERMINE

8 AUGUST 2022

04.08.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juni)

05.08.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)

12.08.2022

Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage

9 SEPTEMBER 2022

01./02.09.2022

Informelles Treffen der Kohäsionsministerinnen und -minister (Prag)

06./07.09.2022

Informelles Treffen der Gesundheitsministerinnen und -minister (Prag)

06.09.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)

07.09.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)

09./10.09.2022

Informeller ECOFIN (Prag)

13.09.2022

Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage

29.09.2022

WBF-Rat (Binnenmarkt, Industrie)

10 OKTOBER 2022

03./04.10.2022

Eurogruppe/ECOFIN

06.10.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)

07.10.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)

11./12.10.2022

Informelles Treffen der Energieministerinnen und -minister (Prag)

13./14.10.2022

Informelles Treffen der Ministerinnen und -minister für Beschäftigung und Sozialpolitik (Prag)

07.10.2022

Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)

14.10.2022

Pressemitteilung Wirtschaftliche Lage

20./21.10.2022

Informelles Treffen der Verkehrsministerinnen und -minister (Prag)

20./21.10.2022

Europäischer Rat

24.10.2022

Umweltrat

25.10.2022

Energierat

DIE „SCHLAGLICHTER“ ALS ABONNEMENT



Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch als elektronischer Newsletter verfügbar. Für ein Abonnement können Sie sich unter folgender Adresse registrieren ► www.bmwk.de/abo-service

Darüber hinaus stehen die Ausgaben des Monatsberichts sowie einzelne Beiträge aus älteren Ausgaben auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter folgender Adresse zur Verfügung ► www.bmwk.de/schlaglichter

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu den „Schlaglichtern“ beziehungsweise einzelnen Artikeln? Dann wenden Sie sich gern an ► schlaglichter@bmwk.bund.de



KONJUNKTUR

<i>WIRTSCHAFTLICHE LAGE</i>	<i>42</i>
<i>BIP-NOWCAST</i>	<i>50</i>
<i>MONETÄRE ENTWICKLUNG</i>	<i>52</i>

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM JULI 2022¹

IN KÜRZE

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT HAT – TROTZ KRIEG IN DER UKRAINE – EIN SOLIDES ERSTES HALBJAHR HINTER SICH. Allerdings sorgen Unsicherheiten über die Fortsetzung russischer Gaslieferungen für einen merklich eingetrübten Ausblick ins zweite Halbjahr.

DIE DEUTSCHE INDUSTRIE HAT SICH IM BERICHTSMONAT MAI EIN STÜCK WEIT VON DEM EXTERNEN SCHOCK ERHOLT, DEN SIE DURCH DEN RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEG GEGEN DIE UKRAINE ERHALTEN HATTE. Die Produktion und die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe stabilisierten sich. Die hohe Unsicherheit durch den Krieg und das Risiko eines weitgehenden Lieferstopps beim russischen Gas werden viele Unternehmen aber vor große Herausforderungen stellen.

DIE UMSÄTZE IM EINZELHANDEL HABEN SICH IM MAI GEGEN-ÜBER DEM VORMONAT WIEDER ETWAS ERHOLT, NACHDEM SIE IM APRIL DEUTLICH ZURÜCKGEGANGEN WAREN. Das Konsumklima setzte aber vor dem Hintergrund kräftiger Preisniveausteigerungen im Einzelhandel seine Talfahrt wieder fort.

DIE INFLATIONSRATE GING VON MAI AUF JUNI UM 0,3 PROZENTPUNKTE AUF 7,6 % LEICHT ZURÜCK. Die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen, wie der sogenannte Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket, haben den Preisauftrieb etwas gedämpft. Die Energieträger verteuerten sich etwas schwächer, aber erneut kräftig. Die Teuerung der Nahrungsmittel verzeichnete ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung. Die Kernrate, bei der diese beiden volatilen Preiskomponenten herausgerechnet werden, verringerte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 3,2 %.

AM ARBEITSMARKT ZEIGTEN SICH IM JUNI ERSTMALS DEUTLICHE AUSWIRKUNGEN DES KRIEGES IN DER UKRAINE. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, was überwiegend durch ukrainische Geflüchtete zu erklären ist. Auch in den kommenden Monaten sind weitere Zunahmen mit abnehmender Intensität zu erwarten, was aber nicht an einer gesamtwirtschaftlichen Schwäche liegt.

DER INSGESAMT RÜCKLÄUFIGE TREND DER UNTERNEHMENSINSOLVENZEN IN DEN JAHREN 2020/21 SETZT SICH AUCH ZU JAHRESBEGINN 2022 FORT: Die beantragten Unternehmensinsolvenzen lagen im 1. Quartal um 7,4 % unter dem Wert des Vorjahresquartals, für April ist ein Rückgang von 6,4 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Aktuelle Frühindikatoren und Umfragen deuten – trotz der gestiegenen Risiken – keinen signifikanten Anstieg in naher Zukunft an.

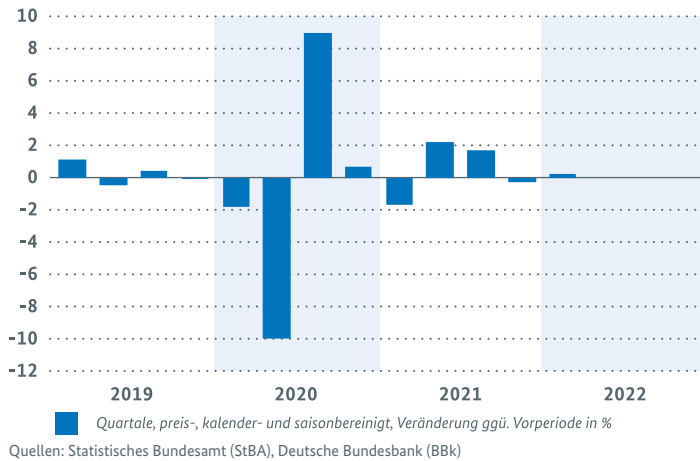
Die konjunkturelle Stimmung in Deutschland ist derzeit zweigeteilt. Einerseits ist die tatsächliche Lage der Unternehmen gar nicht so schlecht, wie man im Angesicht des Krieges in der Ukraine und der massiv gestiegenen Energiepreise erwarten würde. So waren Produktion und Auftragseingänge im Berichtsmontat Mai leicht aufwärtsgerichtet, auch die Einzelhandelsumsätze konnten zulegen. Das Gastgewerbe erlebt einen positiven Start in den Sommer. Insgesamt verbleibt ein solides erstes Halbjahr, das viele Beobachter vor wenigen Monaten wohl deutlich schlechter erwartet hätten. Andererseits gestaltet sich der Ausblick ins zweite Halbjahr relativ zurückhaltend: Die großen Unsicherheiten über eventuell ausbleibende Gaslieferungen aus Russland drücken die Stimmung. Auch der Welthandel leidet weiterhin unter dem Schock durch den russischen Angriffskrieg. So ist der monatliche Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Mai im Zuge der außerordentlichen Preisdynamik im Bereich der Energieträger spürbar gefallen.

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT ZEIGT SICH ROBUST – AUSBLICK WEITER VON UNSICHER- HEIT GEPRÄGT

Die drohende Gasknappheit schlägt sich auch in den Stimmungsindikatoren nieder. Das ifo-Geschäftsklima gab im Juni leicht nach, getrieben vor allem durch die schlechteren Erwartungen. Ins-

¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 13. Juli 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT



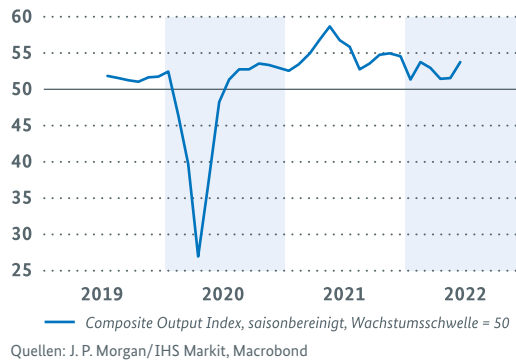
besondere die energieintensive chemische Industrie ist angesichts unsicherer Gaslieferungen aus Russland beunruhigt.

Die Inflationsrate ging im Juni leicht zurück auf 7,6%, liegt damit aber immer noch auf einem Niveau wie während der ersten Ölkrise im Winter 1973/74 im früheren Bundesgebiet. Nach wie vor sind es vor allem die Preise für Energie und Nahrungsmittel, die die allgemeine Teuerung treiben. Der eingeführte Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket sorgen immerhin für eine kurzfristige Entlastung. Die weitere Entwicklung des Preisniveaus hängt am Fortgang der Energielieferungen aus Russland sowie an der Reaktion der EZB auf die hohen Inflationsraten.

WELTWIRTSCHAFT IM ZEICHEN DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Die Weltwirtschaft hat den externen Schock durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu verkraften. So verringerte sich die weltweite Industrieproduktion im April gegenüber dem Vormonat um 2,7%, nachdem sie schon im März um 1,0% zurückgegangen war. Der Welthandel indes konnte im April (+0,5%) die Abnahme aus dem März (-0,9%) zum Teil wiedergutmachen. Der Stimmungsindikator von S&P Global (ehemals IHS Markit) deutet auf eine leichte Erholung in den kommenden Monaten hin. Er stieg im Mai auf 51,5 Punkte und lag damit über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die ifo-Exportorerwartungen haben sich hingegen gegenüber dem Vormonat wieder leicht verschlechtert. Der Ausblick

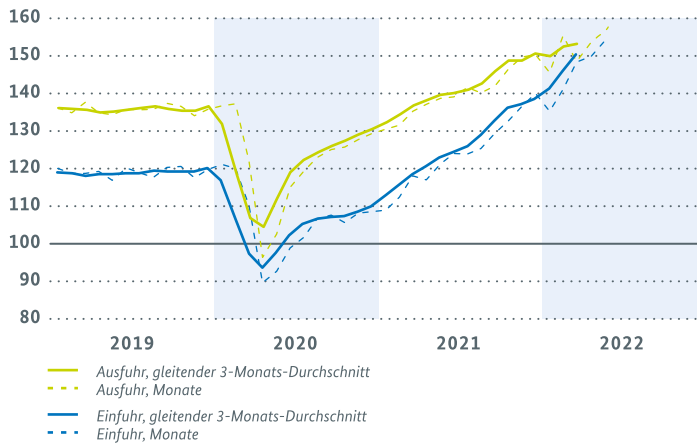
EINKAUFSMANAGERINDEX WELT J. P. MORGAN/IHS MARKIT



für die deutschen Exportunternehmen wird durch die hohe Unsicherheit durch den Krieg und einen eventuellen Mangel bei der Gasversorgung gedämpft. Hinzu kommen massive Störungen der Lieferketten, zu denen nicht zuletzt auch die strikte Null-Covid-Politik in China mit ihren weitreichenden Schließungen ganzer Ballungsräume beiträgt. Zwar gab es in Shanghai zuletzt weitreichende Lockerungen, sollte es aber erneut

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

zu Lockdowns solcher Größenordnungen in China kommen, dann wären verschärfte Lieferengpässe und eine weitere Verlangsamung des Welt Handels nicht auszuschließen.

DEUTSCHER AUSSENHANDEL: HOHE ENERGIEPREISE SORGEN FÜR SCHRUMPFENDEN LEISTUNGSBILANZÜBERSCHUSS

Die nominalen Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen im Mai saisonbereinigt mit einer Veränderungsrate von 1,9% gegenüber dem Vormonat, nachdem sie bereits im April kräftige 3,6% zugelegt hatten. Im Zweimonatsvergleich ergibt sich noch ein Plus von 2,3%. Die Exportpreise sind im Mai um 0,5% gestiegen, sodass der reale Anstieg der Exporte in diesem Monat etwas geringer als der nominale ausgefallen sein dürfte. Der Warenhandel wurde durch Ausfuhren in die Eurozone (+1,2%), in die Vereinigten Staaten (+5,7%) und nach China (+0,5%) beflügelt.

Die Importe von Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im Mai erneut. Saisonbereinigt kam es zu einem Anstieg um 2,8% (April: +0,9%). Im Zweimonatsvergleich steht ein kräftiger Zuwachs von 4,9%. Bei nochmals gestiegenen Im-

AUSSENHANDEL*

	4.Q.	1.Q.	Mär.	Apr.	Mai
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	5,4	0,8	-4,2	3,6	1,9
EINFUHR	8,2	3,7	5,2	0,9	2,8
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	12,0	11,5	8,6	9,3	19,0
Eurozone	16,6	12,1	9,7	12,6	20,8
EU-Nicht-Eurozone	14,5	11,7	12,2	12,1	17,9
Drittländer	7,6	10,9	6,4	5,6	17,8
EINFUHR	21,9	24,5	22,7	25,8	33,6
Eurozone	23,0	18,6	13,7	18,5	22,7
EU-Nicht-Eurozone	8,8	9,0	8,7	11,4	23,6
Drittländer	26,2	35,2	35,5	36,3	46,1

* Angaben in jeweiligen Preisen
 Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

portpreisen im Mai (+0,9%) dürfte die reale Entwicklung der Einfuhren allerdings schwächer ausgefallen sein. Die nominalen Einfuhren von Waren aus China fielen geringer aus als im Vormonat (-1,1%), während die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten (+10,0%) und der Eurozone (+2,5%) deutlich zunahmen.

Im Zuge der außerordentlichen Preisdynamik im Bereich der Energieträger ist der monatliche Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Mai auf 9,1 Milliarden Euro gefallen. Im Durch-

schnitt der letzten Jahre waren monatliche Leistungsbilanzüberschüsse von rund 20 Milliarden Euro üblich.

Die deutschen Wareneinfuhren nach Russland stiegen im Vormonatsvergleich saisonbereinigt um 29,4 % (April: -9,9 %). Dieser Zuwachs resultierte vor allem aus erhöhten Einfuhren von pharmazeutischen Produkten, die nicht den Sank-

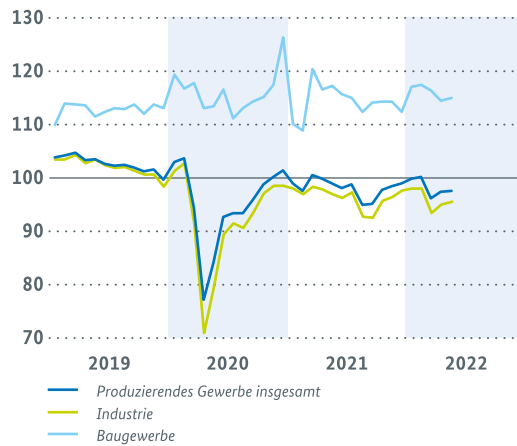
tionen unterliegen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Einfuhren gemäß Ursprungsdaten jedoch um knapp 55 %. Der Wert der deutschen Wareneinfuhren aus Russland ging im Mai um 9,8 % zurück (April: -16,4 %). Aus Russland importiert Deutschland vor allem Energiegüter wie Öl und Gas, die im Berichtsmont Mai nicht sanktioniert waren. Dass die Importe aus Russland nun erneut so kräftig zurückgingen, deutet darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft Importe aus Russland zunehmend ersetzt und unabhängiger wird.

In China sind vor Shanghai und der angrenzenden Provinz Zhejiang gegenwärtig über 3 % der globalen Frachtkapazität gebunden. Dafür konnten aber wieder mehr Schiffe den Hafen Shanghai verlassen, was eine leichte Belebung für den deutsch-chinesischen Außenhandel bedeuten könnte.

Derzeit stauen sich Containerschiffe aber auch vermehrt in der Nordsee vor den Häfen Deutschlands, der Niederlande und Belgiens. Hier konzentrieren sich gegenwärtig knapp 2 % der globalen Frachtkapazität. Auch vor diesem Hintergrund haben sich die ifo-Exportorerwartungen im Juni leicht eingetrübt (von +4,4 auf +3,7 Saldenpunkte). Derzeit rechnen rund 15 % der Unternehmen mit einer Verbesserung in den nächsten drei Monaten. Der Ausblick für den deutschen Außenhandel in den kommenden Monaten fällt zusammengenommen eher verhalten aus.

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

VERÄNDERUNG GGÜ. VORZEITRAUM IN %
(Volumen, saisonbereinigt)

	4.Q.	1.Q.	Mär.	Apr.	Mai
PRODUKTION					
Insgesamt	2,5	-0,2	-4,8	1,7	0,6
Vorleistungsgüter	-0,4	1,0	-3,3	0,7	-0,4
Investitionsgüter	6,3	-2,0	-7,8	3,7	2,2
Konsumgüter	0,3	1,6	-0,7	-0,7	-0,9
UMSÄTZE					
Insgesamt	3,2	0,7	-5,1	0,6	3,2
Inland	2,3	1,6	-3,8	1,0	0,2
Ausland	4,4	-0,2	-6,2	0,3	6,3
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	-4,6	2,6	-4,2	-1,8	0,1
Inland	-0,9	-1,8	-1,6	0,5	-1,5
Ausland	-7,0	5,6	-5,8	-3,4	1,3
Vorleistungsgüter	-1,8	-0,2	-1,5	-0,3	-3,2
Investitionsgüter	-7,2	4,2	-6,8	-3,8	3,3
Konsumgüter	2,7	3,3	4,6	4,0	-4,5

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

LAGE IN INDUSTRIE STABILISIERTE SICH IM MAI

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Mai um 0,2 % gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Industrie und das Baugewerbe konnten ihren Ausstoß um 0,6 % beziehungsweise 0,4 % erhöhen, während der Bereich Energie seine Produktion um 5,8 % drosselte. →

Innerhalb der Industrie verlief die Entwicklung unterschiedlich: Vor allem im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile legte die Herstellung deutlich um 5,9% zu, aber auch im Maschinenbau und bei Metallerzeugnissen waren Produktionsausweitungen zu beobachten (+1,4% und +0,9%). Andere Wirtschaftszweige wie pharmazeutische Erzeugnisse (-4,3%), chemische Erzeugnisse (-2,7%), Papier und Pappe (-2,5%) sowie Nahrungs- und Futtermittel (-2,2%) meldeten Rückgänge.

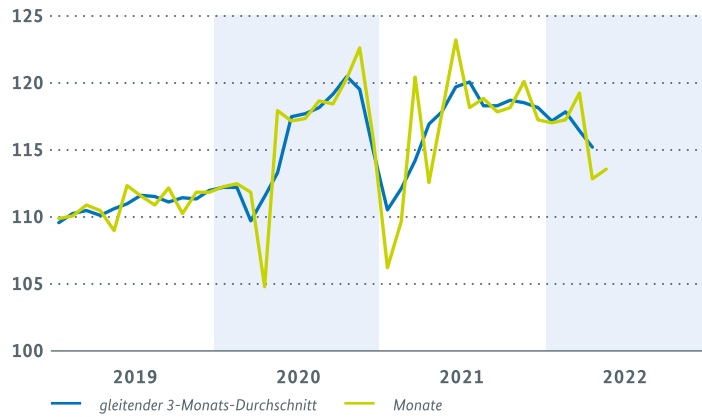
Die Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Mai praktisch unverändert geblieben (+0,1%). In den drei Monaten zuvor war es infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine zu teilweise spürbaren Rückgängen gekommen. Im Mai gab es überdurchschnittlich viele Großaufträge. Ohne deren Berücksichtigung haben sich die Ordereingänge um 0,9% gegenüber dem Vormonat verringert. Insgesamt lagen die Auftragsgänge zuletzt in arbeitstäglich bereinigter Rechnung 3,1% unter ihrem Niveau vor Vorjahresfrist.

Von April auf Mai ist die Nachfrage nach Investitionsgütern um 3,3% gestiegen. Vorleistungs- und Konsumgüter wurden hingegen um 3,2% beziehungsweise 4,5% weniger bestellt. Geografisch schlägt ein Nachfrageminus aus dem Inland von 1,5% zu Buche. Aus dem Ausland gingen 1,3% mehr Bestellungen ein (Euroraum -2,4%, Nicht-Euroraum +3,7%). Wie bei der Industrieproduktion entwickelte sich die Nachfrage in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich: Auch hier verzeichnete der Bereich Kfz und Kfz-Teile mit plus 12,8% einen kräftigen Zuwachs. Andere Bereiche wie Maschinenbau und Metallerzeugung meldeten überwiegend mehr oder weniger starke Rückgänge, während chemische Erzeugnisse unverändert stark nachgefragt wurden.

Der Ausblick für die Industriekonjunktur in den kommenden Monaten bleibt angesichts der hohen Unsicherheit durch den Krieg und eines drohenden Lieferstopps für Gas aus Russland zurückhaltend.

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

EINZELHANDELSUMSATZ LEGT ZU; INFLATIONSRATE ETWAS NIEDRIGER

Im Einzelhandel ohne Kfz haben sich die Umsätze im Mai gegenüber dem Vormonat um 0,6% erhöht, nachdem sie allerdings im April um 5,4% deutlich zurückgingen. Die Umsätze lagen damit zuletzt um 3,6% unter ihrem Niveau von einem Jahr zuvor, was insbesondere auf die hohen Preisniveausteigerungen im Einzelhandel zurückzuführen ist. In nominaler Rechnung, also ohne Preisbereinigung, ergab sich binnen Jahresfrist ein Umsatzzuwachs von 4,1%. Der Handel mit Lebensmitteln verzeichnete im Mai im Vergleich zum Vormonat einen realen Umsatzrückgang von 0,6% (gegenüber Vorjahresmonat -9,5%), während der Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren ein deutliches Plus von 10,6% erzielte (gegenüber Vorjahresmonat -9,5%). Der Internet- und Versandhandel hatte im Mai gegenüber dem Vormonat einen Umsatzrückgang von 2,5% zu verbuchen (gegenüber Vorjahresmonat -14,1%). Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private

Halter kam es im Juni erneut zu einer Zunahme um 2,7% (Mai: +6,0%).

Gleichwohl setzte das Konsumklima seine Talfahrt aufgrund der sehr kräftigen Steigerungen bei den Preisen für Energie- und Lebensmittel fort. Darauf deuten die beiden gängigen Frühindikatoren hin: Für das GfK-Konsumklima wird für Juli ein neuer historischer Tiefstand prognostiziert. Auch die ifo-Geschäftserwartungen im Einzelhandel verschlechterten sich im Juni per saldo spürbar und erreichten ein sehr niedriges Niveau, nachdem sie sich im Mai nur leicht verbessert hatten.

Das Niveau der Verbraucherpreise ist im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,1% gestiegen. Anders als in den sechs Monaten zuvor kam es nur zu einer leichten Erhöhung, weil die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen wie der sogenannte Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket den Preisauftrieb zumindest gedämpft haben. Energie verteuerte sich zuletzt um 0,6% (zuvor: +2,8%) und Nahrungsmittel um 1,0% (zuvor: +2,1%). Die Inflationsrate, also die Entwicklung des Preisniveaus binnen Jahresfrist, ging im Juni um 0,3 Prozentpunkte auf 7,6% zurück. Zu Beginn des Jahres hatte sie allerdings noch unter 5% gelegen. Die Teuerung der Energieträger fiel auch aufgrund des Tankrabattes mit plus 38,0% etwas schwächer, aber erneut kräftig aus (zuvor: +38,3%). Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel verzeichnete mit plus 12,7% ein neues Allzeithoch seit der Wiedervereinigung (zuvor: +11,1%). Seit der Invasion Russlands in der Ukraine legen die Preise für Energie deutlich zu und treiben die Inflation in Deutschland in die Höhe. Etwa die

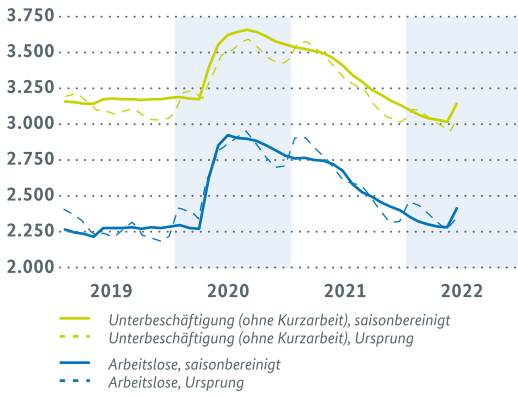
VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Mai	Jun.	Mai	Jun.
Insgesamt	0,9	0,1	7,9	7,6
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,5	-0,2	3,8	3,2
Nahrungsmittel	2,1	1,0	11,1	12,7
Wohnung, Betriebskosten	0,9	0,9	9,2	10,1
Gesundheitspflege	0,4	0,2	1,1	1,4
Verkehr	1,2	-6,2	16,3	8,3
Nachrichtenübermittlung	0,0	-0,1	0,0	-0,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,5	4,2	4,3	7,4
Bildungswesen	0,2	0,0	1,5	1,5
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	1,2	1,4	7,2	7,0
Energie	2,8	0,6	38,3	38,0
Kraftstoffe	2,6	-0,8	50,0	46,0
Dienstleistungen	0,3	-0,4	2,9	2,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,9	-0,2	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Hälfte der Inflation ist auf die Energieträger zurückzuführen (rund vier Prozentpunkte). Auch Nahrungsmittel trugen merklich zur hohen Inflationsrate mit bei (nahezu 1,1 Prozentpunkte). Laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hätte die Inflationsrate rein rechnerisch ohne Entlastungsmaßnahmen und bei unveränderten Preisen für Kraftstoffe und für den öffentlichen Personenverkehr bei plus 8,6% gelegen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) ging im Juni um 0,6 Prozentpunkte auf plus 3,2% zurück, zu Beginn des Jahres hatte sie jedoch noch unter 3% gelegen. Angesichts des drohenden Lieferstopps beim russischen Gas ist in den kommenden Monaten trotz staatlicher Entlastungsmaßnahmen wie der Senkung der EEG-Umlage auf null weiterhin mit einem starken Preisdruck bei Energie zu rechnen. Es ist deshalb auf absehbare Zeit mit weiterhin hohen Inflationsraten zu rechnen. —>

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

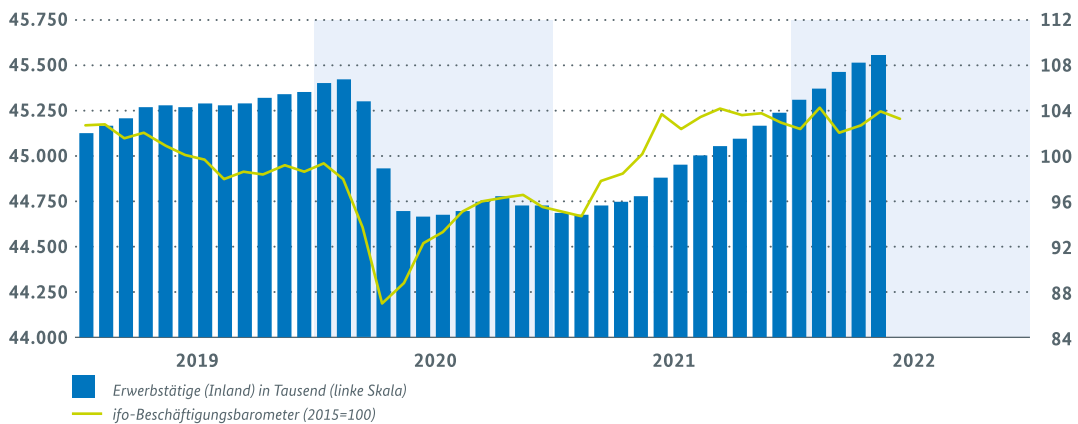
FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE ERHÖHT ARBEITSLOSIGKEIT

Am Arbeitsmarkt zeigen sich erstmals deutliche Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine. Grund ist die dadurch ausgelöste Fluchtmigration. Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Juni saisonbereinigt kräftig um 133.000 Personen, was überwiegend durch ukrainische Geflüchtete zu erklären ist. Des Weiteren wirkten sich auch der im vergangenen Winter untypisch geringe Aufbau saisonaler Arbeitslosigkeit und

eine geringe Zahl arbeitspolitischer Maßnahmen erhöhend aus. In Ursprungswerten nahm die registrierte Arbeitslosigkeit um 103.000 auf 2,36 Millionen Personen zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren gleichwohl 251.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich der bisherige positive Verlauf weiter fort. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Mai saisonbereinigt um 35.000 Personen. In Ursprungswerten waren damit 45,5 Millionen Menschen erwerbstätig, 772.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs im April um 11.000 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit lag im April bei rund 0,4 Millionen Personen und damit deutlich niedriger als im Vormonat. Auch die Anzeigen der Kurzarbeit gingen weiter zurück. Die Frühindikatoren trübten sich zuletzt leicht ein, allerdings liegt die Arbeitsnachfrage weiter auf hohem Niveau. Der aktuelle Anstieg der Arbeitslosigkeit als

ifo-BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

ARBEITSMARKT

ARBEITSLOSE (SGB II UND III)

	1.Q.	2.Q.	Apr.	Mai	Jun.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,417	2,311	2,309	2,260	2,363
ggü. Vorjahr in 1.000	-460	-380	-462	-428	-251
ggü. Vorperiode in 1.000*	-101	5	-14	-5	133
Arbeitslosenquote	5,3	5,0	5,0	4,9	5,2

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	4.Q.	1.Q.	Mär.	Apr.	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	45,4	45,1	45,2	45,4	45,5
ggü. Vorjahr in 1.000	427	687	735	771	772
ggü. Vorperiode in 1.000*	162	217	89	56	35

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	4.Q.	1.Q.	Feb.	Mär.	Apr.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,4	34,2	34,2	34,3	34,4
ggü. Vorjahr in 1.000	547	688	715	696	672
ggü. Vorperiode in 1.000*	174	217	77	29	11

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Folge des russischen Angriffskrieges liegt daher nicht an einer gesamtwirtschaftlichen Schwäche, sondern erklärt sich praktisch vollständig durch die ausgelösten Migrationsbewegungen. Diese dürften in den kommenden Monaten zu weiteren Anstiegen bei der Arbeitslosigkeit führen, ihre Intensität könnte aber abnehmen.

WEITERHIN KEIN ANSTIEG DER INSOLVENZEN

Nach dem Rückgang in den vergangenen beiden Jahren bleiben die Unternehmensinsolvenzen auch zu Beginn des Jahres 2022 weiter unter Vorjahresniveau. Im ersten Quartal 2022 lagen die beantragten Unternehmensinsolvenzen um 7,4 % unter dem Wert des Vorjahresquartals. Auch im April lag die Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen um 7,4 % unter dem Vorjahreswert.

Der im Mai beobachtete Anstieg der Regelinsolvenzen als Frühindikator für die zukünftige Insolvenzentwicklung um 8,4 % gegenüber April setzte sich im Juni nicht weiter fort (-7,6 % gegenüber Mai). Allerdings stellen die Folgen des Krieges in der Ukraine ein zusätzliches Risiko für die Unternehmen dar. Es lässt sich derzeit nicht abschätzen, welche Dynamik das Insolvenzgeschehen im Laufe des Jahres entwickeln wird. —

BIP-NOWCAST FÜR DAS 2. UND 3. QUARTAL 2022

IN KÜRZE

DER NOWCAST FÜR DIE SAISON- UND KALENDERBEREINIGTE VERÄNDERUNGSRATE DES BIP BETRÄGT JEWEILS -0,4 % FÜR DAS ZWEITE UND DRITTE QUARTAL 2022 (STAND 7. JULI)¹.

Derzeit prognostiziert der Nowcast sowohl für das zweite als auch das dritte Quartal 2022 einen saison- und kalenderbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 0,4%. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Bundesregierung und dem BMWK. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erst Ende Juli und Ende Oktober 2022 erste amtliche Ergebnisse zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung des zweiten beziehungsweise dritten Vierteljahres 2022.

Das unten stehende Schaubild zeichnet den Verlauf der Schätzwerte nach: Zu Jahresbeginn startete der Nowcast für das zweite Quartal 2022 mit einem Wert von minus 0,1%. Zwischenzeitlich stieg er auf einen Wert von plus 0,5% aufgrund verbesserter Stimmungsindikatoren sowie erfreulicher Arbeitsmarktdaten im Januar und Februar. Ab Mitte März schlug sich der Ausbruch des russischen Angriffskrieges in der Ukraine allerdings zunehmend in den Indikatoren nieder. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen zwischen Umfragedaten und „härteren“ Wirtschaftsdaten kam es hier ausgehend vom Tiefstand Ende März von minus 1,4% zu erheblichen Fluktuationen. Ein kohärentes Bild von der wirtschaftlichen Lage konnte das Modell erst gegen Ende März zeichnen. Von hier an pendelte der Nowcast im Bereich von minus 0,7% bis minus 0,4%. Zuletzt sorgte die Veröffentlichung der Daten zum Außenhandel sowie zu den Industrieumsätzen für den Berichtsmonat Mai für eine Anhebung des Schätzwertes auf den aktuellen Stand von minus 0,4%.

Der Nowcast für das dritte Quartal 2022 belief sich bei erstmaliger Schätzung Anfang April auf plus 0,3%. Bis Ende Juni schwankte er unterhalb dieses Wertes. Für einen Großteil dieser Pendelbewegungen waren die Eintrübung und Aufhellung verschiedener Stimmungsindikatoren aus dem In- und Ausland verantwortlich. Ende Juni wurde das Modell von neuen Stimmungsindikatoren enttäuscht. Daraufhin rutschte der Nowcast auf minus 0,5% ab. Im Zuge der Meldungen zum Außenhandel und den Industrieumsätzen im Berichtsmonat Mai wurde der Schätzwert auf den aktuellen Stand von minus 0,4% leicht nach oben korrigiert.

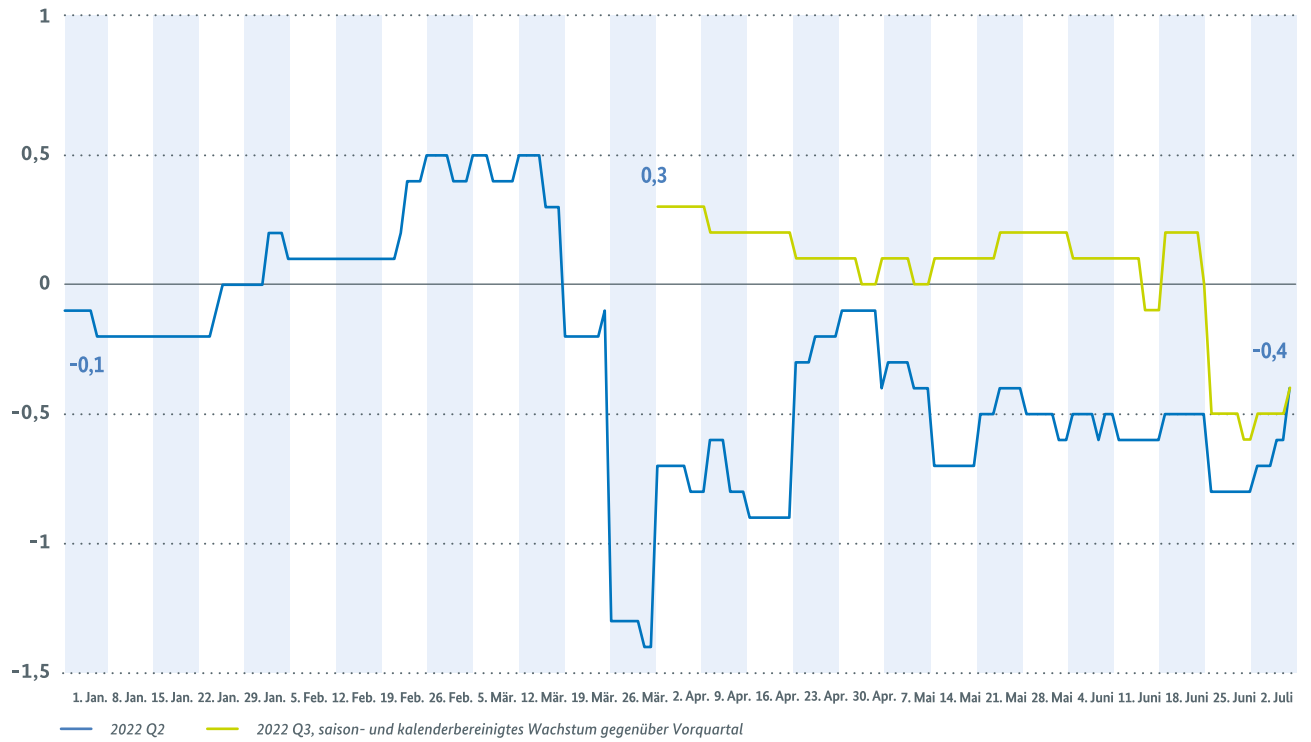
Aus fachlicher Sicht erscheint die von dem Modell prognostizierte Veränderungsrate des BIP im zweiten Quartal 2022 recht plausibel, während die Schätzung der Veränderungsrate für das dritte Quartal aktuell eher pessimistisch erscheint. Allerdings sind die Risiken für die deutsche Konjunktur am aktuellen Rand vor dem Hintergrund hoher Energie- und Rohstoffpreise und erneut beziehungsweise weiterhin gestörter Lieferketten gestiegen. Ob die tatsächliche Entwicklung den Nowcast bestätigt, hängt stark von der weiteren Entwicklung des Krieges und möglicher Gaslieferengpässe sowie den daraus resultierenden wirtschaftlichen Einbußen ab. —

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, *Schlaglichter der Wirtschaftspolitik*, Juli 2019, Seite 12–15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP-NOWCAST FÜR DAS ZWEITE UND DRITTE QUARTAL 2022 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

MONETÄRE ENTWICKLUNG

IN KÜRZE

DIE EZB PROGNOSTIZIERT DIESES JAHR EINE INFLATION VON 6,8 % FÜR DIE EUROZONE. DESHALB WILL DIE EZB 2022 MEHRFACH DIE ZINSEN ANHEBEN. WÄHREND-DESSEN SIND DIE ZINSEN FÜR UNTERNEHMEN, STAATEN UND PRIVATE HAUSHALTE BEREITS GESTIEGEN. GEGENÜBER DEM US-DOLLAR IST DER EURO MITTLERWEILE AUF PARITÄT GEFALLEN.

Die Inflation in der Eurozone zog zuletzt deutlich an. Im Juni stieg das allgemeine Preisniveau um 8,6% gegenüber dem Vorjahr, die Kernrate der Inflation (also ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel) um 3,7%.¹ Die EZB hat im Juni quartalsmäßig neue – abermals deutlich höhere – Inflationsprognosen präsentiert: Nach 6,8% für dieses Jahr prognostiziert die Notenbank 3,5% für 2023 und 2,1% im Jahr 2024 – die EZB rechnet also auch mittelfristig mit Raten über ihrem 2%-Ziel. Die EZB hat ihre Prognose für die Kernrate der Inflation ebenfalls angehoben: Nach 3,3% in diesem Jahr rechnet die EZB mit 2,8% im Jahr 2023 und 2,3% für 2024. Das heißt, dass sie davon aus-

geht, dass die Energie- und Lebensmittelpreise mittelfristig weniger stark steigen als die Preise für den Rest des Warenkorbs.

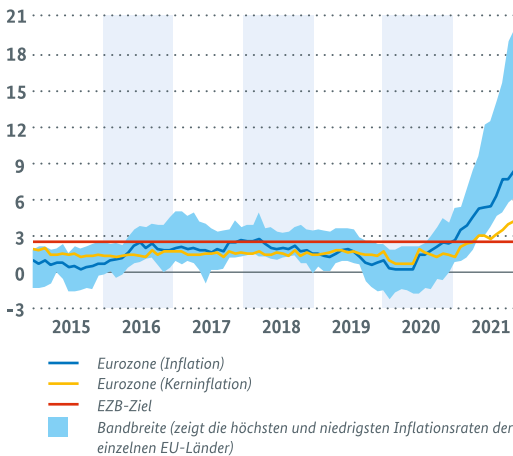
GELDPOLITISCHER KURS DER EZB

Die Bilanzsumme der EZB beträgt derzeit rund 8,8 Billionen Euro, dies entspricht rund 70% des Eurozonen-BIP. Nachfolgend die größten Posten in der Bilanz:

Asset purchase programme (APP): Das reguläre Ankaufprogramm ist zum 1. Juli ausgelaufen. Das APP ist weniger flexibel als das Notfallprogramm PEPP. Der Ankauf griechischer Staatsanleihen etwa ist nicht möglich. Im Juni hielt die EZB insgesamt 3.265 Milliarden Euro. Das entspricht 37% ihrer Bilanz. 80% davon sind Staatsanleihen der Euroländer.

INFLATION IN DER EUROZONE

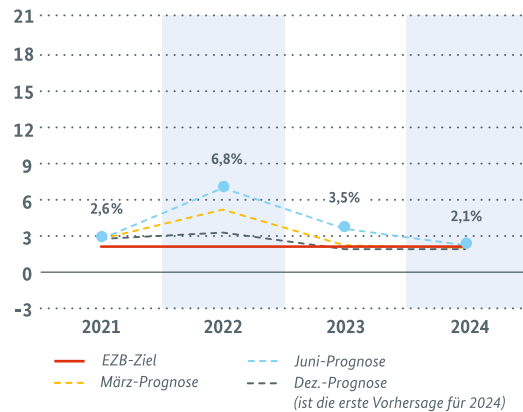
(in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex [HVPI])



Quellen: Eurostat, Macrobond

EZB-INFLATIONSPROGNOSE

(in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex [HVPI])

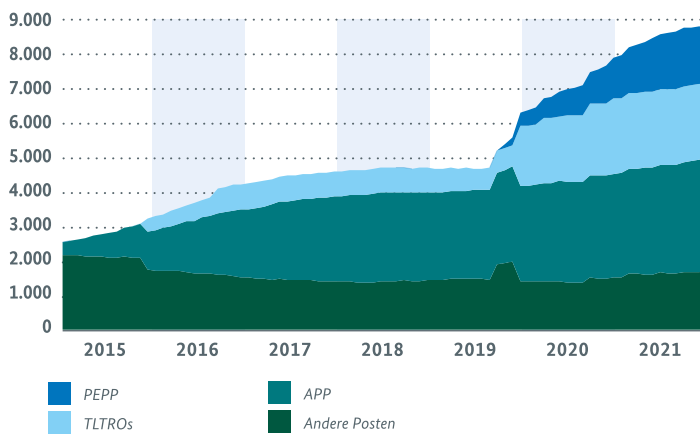


Quelle: Europäische Zentralbank

¹ Gemessen auf Basis des über die Eurozone Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

EZB-BILANZ

(in Mrd. Euro)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

Targeted longer-term refinancing operations (TLTROs): Die an Banken vergebenen vergünstigten Langfrist-Kredite werden seit Dezember nicht mehr vergeben. Die EZB hält im Rahmen der TLTROs 2.124 Milliarden Euro. Das entspricht 24 % ihrer Bilanz.

Pandemic emergency purchase programme (PEPP): Das angesichts der Pandemie aufgelegte Notfallankaufprogramm ist bereits Ende März ausgelaufen; Reinvestitionen sind aber bis „mindestens“ Ende 2024 möglich. Im Juni hielt die EZB insgesamt 1.694 Milliarden Euro. Das entspricht 19% ihrer Bilanz. 97% davon sind Staatsanleihen der Euroländer.

Leitzinsen: Die EZB hat angekündigt, ihre drei Leitzinsen anzuheben: um 25 Basispunkte in ihrer nächsten Sitzung am 21. Juli und – abhängig von den dann wieder aktualisierten Prognosen – in der darauffolgenden Sitzung am 8. September eventuell sogar um 50 Basispunkte. Auch danach rechnet die EZB mit „graduellen, aber anhaltenden“ Zinserhöhungen. Die Leitzinsen betragen derzeit noch: Haupt-Refi 0,00 %, Spitzen-Refi 0,25 %, Einlagefazilität -0,50 %.

Angesichts zwischenzeitlich stark gestiegener Kreditzinsen und erhöhter Aufschläge auf Eurozonen-Staatsanleihen hat die EZB nach einer Sondersitzung am 15. Juni außerdem angekündigt,

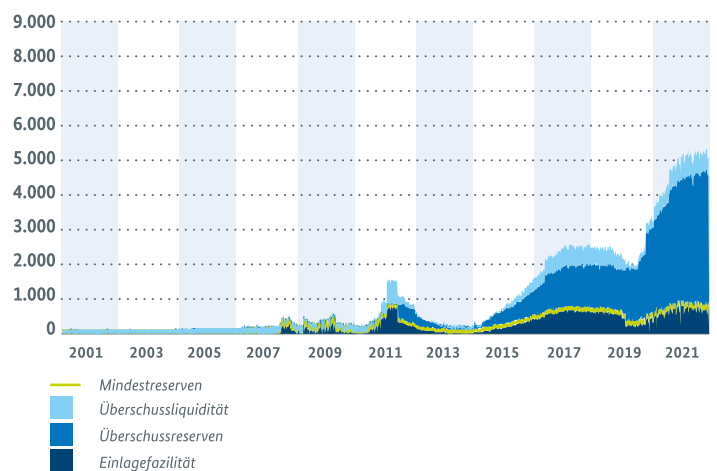
Reinvestitionen von auslaufenden Staatsanleihen aus den im Rahmen des PEPP gehaltenen Wertpapieren flexibel einzusetzen. Außerdem will die EZB voraussichtlich am 21. Juli auch ein neues „Anti-Fragmentierungsinstrument“ vorstellen.

FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Die Banken der Eurozone halten weiter viel Liquidität. Die Überschussreserven belaufen sich auf derzeit rund 3,7 Billionen Euro und die Überschussliquidität auf rund 520 Milliarden Euro. →

LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM

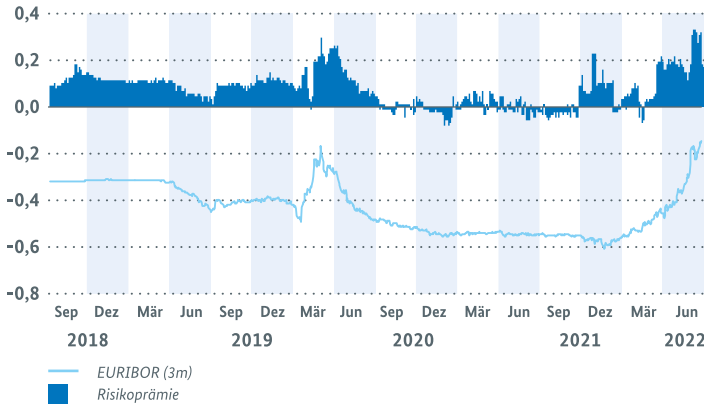
(in Mrd. Euro)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

GELDMARKT

(Risikoprämie ggü. Eurex Repo STOXX GC Pooling Market, Referenzlaufzeit: 3 Monate; in %)



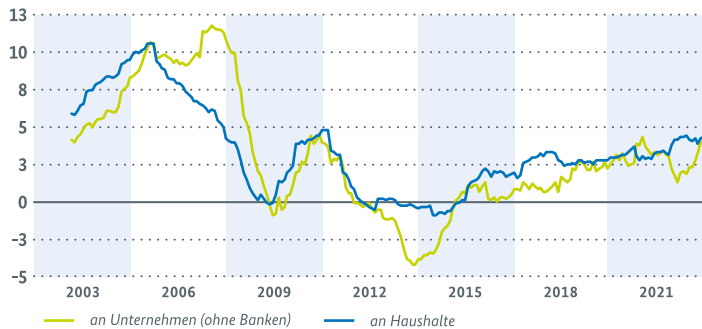
Quelle: Macrobond

Am Geldmarkt, an dem Banken unbesichert ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf decken, steigen die Zinsen seit Ausbruch der Pandemie das erste Mal wieder über das Niveau der Einlagefazilität. Der EURIBOR, einer der am stärksten genutzten Referenzzinssätze in der Eurozone (hier für Geschäfte mit Laufzeit von drei Monaten) notierte zuletzt bei etwa -0,14 %. Der Risikoaufschlag zu besicherten Instrumenten für die gleiche Laufzeit bleibt auf historisch niedrigem Niveau, ist aber zuletzt wieder gestiegen: Der Aufschlag schwankt zuletzt um 0,18 %.

Die ausstehende Kreditmenge in der Eurozone belief sich im Mai auf 6,5 Billionen Euro (an private Haushalte) und 13,9 Billionen Euro an Unternehmen (das entspricht circa 57 % beziehungsweise 120 % des Eurozonen-BIP). Kredite an Haushalte wuchsen im Mai um 4,6 % und Kredite an Unternehmen um 5,1 % im Vergleich zum Vorjahr.

KREDITWACHSTUM

(in % ggü. Vorjahr)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

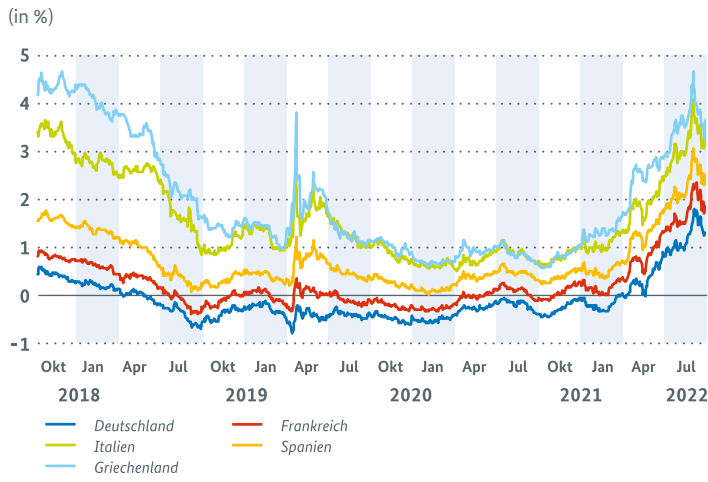
RENDITEN AUF UNTERNEHMENSANLEIHEN UND FINANZIERUNGSKOSTEN FÜR HAUSHALTE

(in %)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

RENDITEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN



Quelle: Macrobond

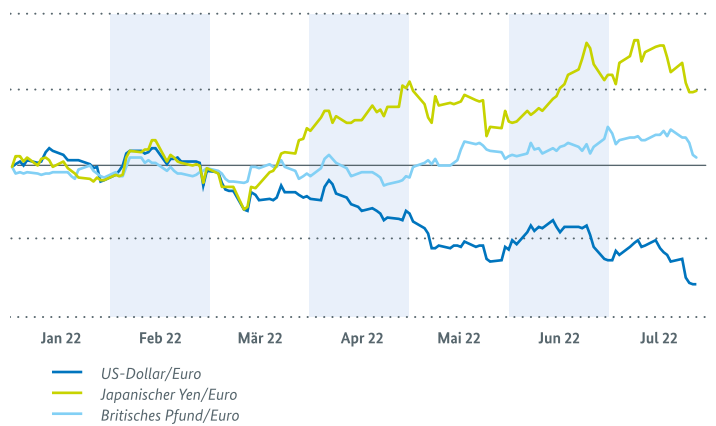
Die Kreditzinsen in der Eurozone sind dabei weiter gestiegen. Anleihen mit einer BBB-Bewertung und mit einer Laufzeit von zehn Jahren notierten zuletzt beispielsweise bei 3,8 %, solche mit einem AAA-Rating bei 2,3 %. Die Finanzierungskosten für private Haushalte bewegen sich dazwischen, zuletzt bei 3,5 %.

Die Zinsen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen bewegten sich zuletzt um 1,27 % – und damit weit über den noch negativen Zinsen zu Jahresbeginn. Die Zinsen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer steigen ebenfalls. Die höchsten Zinsen gibt es hier nach wie vor von griechischen und italienischen Staatsanleihen. Sie lagen zuletzt bei 3,64 beziehungsweise 3,25 %.

Der Euro hat im Vergleich zum Jahresbeginn 11 % an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren und zuletzt die Parität erreicht. Gegenüber dem britischen Pfund steht der Euro seit Jahresbeginn etwa 1 % wertvoller und notierte zuletzt bei 0,85 Pfund pro Euro. Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Jahresbeginn rund 6 % an Wert gewonnen und notierte zuletzt bei 138 Yen pro Euro. —

WECHSELKURSE

Index rebasiert auf 01.01.2021 = 100



Quelle: Macrobond

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

STAND

25. Juli 2022

DRUCK

Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
33100 Paderborn

PAPIER

Die „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ wurden auf 100 % recyceltem Altpapier gedruckt. Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten wurden mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

UMSCHLAGPAPIER

170 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel
INNENSEITENPAPIER

100 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel
BEILEGER

100 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

GESTALTUNG

Hirschen Group GmbH
10997 Berlin

BILDNACHWEIS

Titel, S. 10, 12, 14, 17: Julia Praschma/wildfoxrunning;
S. 2: BMWK/Dominik Butzmann; S. 8, 18, 24, 25, 26, 27, 28, 31:
Getty Images; S. 15, 36: bitteschön.tv; S. 20, 22: Timo Meyer
c/o kombinatrotweiss.de; S. 23: BMWK; S. 34-38: Bratislav
Milenković

DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN ERHALTEN SIE BEI:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

ZENTRALER BESTELLSERVICE

Telefon: 030 – 18272 2721
Bestellfax: 030 – 18102 7227 21



Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

